

Europäische Wirtschaftswissenschaftler für eine andere Wirtschaftspolitik in Europa

– EuroMemo Gruppe –

Die Europäische Union: Gefahr der Desintegration

– EuroMemorandum 2017 –

Einleitung

- 1 Makroökonomische und entwicklungspolitische Maßnahmen zur Bekämpfung von Austerität und ungleicher Entwicklung**
- 2 EU-Geld- und Finanzmarktpolitik: Ist die Grenze erreicht?**
- 3 Migration und Solidarität in der EU**
- 4 Rechter und wirtschaftlicher Nationalismus in der EU: Ursprünge, Programme und Antworten**
- 5 Europäische Außenbeziehungen**

Unterstützungserklärung

Dieses EuroMemorandum stützt sich auf Diskussionen und Arbeiten, die auf dem 22. Workshop zu einer alternativen Wirtschaftspolitik in Europa vom 15.–17. September 2016 in Coimbra, Portugal präsentiert wurden. Der Workshop wurde von der EuroMemo Gruppe in Kooperation mit der wirtschaftlichen Fakultät der Universität Coimbra organisiert. Die deutsche Übersetzung des EuroMemorandum 2017 entstand mit Unterstützung von transform! europe.

Zusammenfassung

Einleitung

Die Krise der Europäischen Union (EU) ist komplex und hat sich während des letzten Jahres zusehends vertieft. Das britische Referendum über die EU-Mitgliedschaft und die Entscheidung für den Brexit waren nur das klarste Zeichen der Gefahren für die europäische Integration. Die Polarisierung zwischen den Kernländern und der Peripherie der Eurozone hält an. Der große Zustrom von Flüchtlingen aus kriegszerrütteten Gebieten im Mittleren Osten hat innerhalb der EU zu erbitterten Konflikten über die Zuständigkeitsfrage geführt. Die Art und Weise, mit der die Befürworter des Freihandels das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA) durchsetzten, machte eine völlige Gleichgültigkeit gegenüber Einwänden von demokratisch gewählten Organen deutlich (z.B. die belgischen Regionen Wallonie und Brüssel).

Angesichts der komplexen Krise gibt es von den Sozialdemokraten bis hin zu den rechten nationalistischen Kräften einen breit getragenen Konsens für eine stärkere Militarisierung der EU. Ansonsten sind unterschiedliche Strategien für den Umgang mit der Krise erkennbar. Die vorherrschende Antwort, die von der Mehrheit der christdemokratischen, sozialdemokratischen und liberalen Kräfte vertreten wird, ist Muddling-Through ('Sich-Durchwurschteln'). Dieser Ansatz führt den neoliberalen Integrationsansatz fort und ist bemüht, die bestehende geografische Struktur der Eurozone und des Schengen-Raums zu bewahren. Er wird den zunehmenden Trend zur Desintegration höchstwahrscheinlich nicht aufhalten können. Es gibt zwei Nebenformen des Muddling-Through. Insbesondere Sozialdemokraten in Frankreich und im Mittelmeerraum setzen sich für Muddling-Through mit einem größeren fiskalischen Handlungsspielraum und mehr öffentlichen Investitionen ein. Die andere Nebenform befürwortet einen kleineren Schengen-Raum mit strengeren Grenzkontrollen. Sie wird von einem relativ breiten Spektrum an Kräften insbesondere in Deutschland, Österreich und Zentralosteuropa vertreten. 'Kerneuropa'-Strategien mit einer kleineren und homogeneren Eurozone werden von rechten nationalistischen Kräften wie der Lega Nord in Italien, der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und der Alternative für Deutschland (AfD), aber auch einigen christdemokratischen Kreisen befürwortet. Im rechten Spektrum gibt es schließlich Konzepte für 'Ein Europa der Nationen', die tendenziell dafür plädieren, dass sich der europäische Integrationsprozess auf den gemeinsamen Binnenmarkt und damit verbundene wirtschaftliche Regulierungen konzentriert und der Handlungsspielraum für nationale Wettbewerbsstrategien vergrößert wird. Rechte nationalistische Parteien wie Fidesz in Ungarn und Prawo i Sprawiedliwość (PiS) in Polen messen außerdem regionalen Förderstrukturen große Bedeutung für die Integration bei. Einige Kräfte der nationalistischen Rechten tendieren sogar für einen Austritt aus der EU.

Auch im linken politischen Spektrum gibt es unterschiedliche Strategien. Einige Kräfte setzen sich für einen demokratischen europäischen Föderalismus ein. Die politischen Voraussetzungen für diesen Ansatz sind äußerst schwierig durchzusetzen. Für andere linke Kräfte ist ein demokratischer europäischer Föderalismus keine realistische Lösung mehr, da die EU-Institutionen so aufgebaut sind, dass der Druck der Bevölkerung kaum noch durchdringen kann. Diese Kräfte schlagen einen explizit sozial ausgerichteten Kurs vor, indem EU-Verordnungen abgelehnt und die Eurozone sogar aufgegeben wird, falls progressive Reformen anders nicht möglich sind.

1. Makroökonomische und entwicklungspolitische Maßnahmen zur Bekämpfung von Austerität und ungleicher Entwicklung

Seit Ende 2014/ Anfang 2015 hat die offizielle EU-Politik zwei Initiativen angestoßen, um die Konjunktur anzukurbeln: den 'Juncker Plan' und präzisere Regeln zur Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspakts mit dem Ziel, den fiskalischen Handlungsspielraum der Mitgliedsstaaten zu vergrößern. Das Ergebnis dieser zaghaften Versuche, die Nachfrage außerhalb der Geldpolitik zu stimulieren, ist enttäuschend: Die Eurozone hat sich noch lange nicht nachhaltig erholt. Die nachlassende weltweite

Konjunktur und die Unsicherheiten infolge des Brexit-Votums schwächen die wirtschaftliche Erholung nun noch deutlich mehr.

Die makroökonomische Politik in der EU muss einen anderen Ansatz verfolgen, der kurzfristig eine deutliche und nachhaltige wirtschaftliche Erholung mit Vollbeschäftigung und fairem Wachstum fördert und langfristig eine gleichmäßige Entwicklung vorantreibt, die die offensichtlichen makroökonomischen Ungleichgewichte verhindert. Der aktuelle makroökonomische Kurs – eine Kombination aus fiskalischer Austerität und einem Abwertungswettlauf, der durch 'Strukturreformen' auf dem Arbeitsmarkt angetrieben wird – hat nicht nur Arbeitnehmerrechte beschnitten, die Gewerkschaften geschwächt und den Sozialstaat abgebaut, sondern ist auch komplett erfolglos in der Erreichung von Wachstum und gleichmäßiger Entwicklung gewesen.

Eine überzeugende Alternative muss auf mindestens sechs wichtigen Reformen basieren. (1) Die Forderung nach ausgeglichenen Haushalten muss durch die Forderung nach 'ausgeglichenen Volkswirtschaften' ersetzt werden, die das Ziel eines hohen und stabilen Beschäftigungsniveaus beinhaltet. (2) Langfristig sollte es ein größeres EU-Budget geben, um sowohl EU-weite Investitionen, öffentliche Güter und Dienstleistungen zu finanzieren als auch eine antizyklische europäische Fiskalpolitik zur Unterstützung nationaler fiskalpolitischer Maßnahmen zu etablieren. (3) Ein erfolgsversprechender politischer Kurs sollte nicht nur auf generelles Wachstum, sondern auch auf die Überwindung von Disparitäten zwischen unterschiedlichen Regionen und Sektoren abzielen. (4) Eine langfristige europäische Investitionsstrategie, die die europäische, nationale und lokale Entwicklung fördert, ist erforderlich. (5) Der derzeitige deflationäre Abwertungswettlauf sollte durch strategische Lohnzuwächse, die eine gerechte Teilhabe der Arbeiter am Wachstum und stabile Inflationsraten ermöglichen, ersetzt werden. (6) Effektive Maßnahmen zur Bekämpfung des Steuerwettbewerbs sind notwendig.

2. EU-Geld- und Finanzmarktpolitik: Ist die Grenze erreicht?

Die EZB führte ihre sehr lockere Geldpolitik 2016 sogar in verstärktem Maße fort. Es gibt allerdings Anzeichen, dass diese Politik an ihre Grenzen stößt. Während der Krise hat die EZB weitreichende neue Befugnisse und Zuständigkeiten erhalten, wodurch ihre Unabhängigkeit von allen politischen Instanzen in der EU eine immer größere Verletzung demokratischer Prinzipien darstellt. Die wesentliche EU-Initiative im Bereich der Finanzmärkte, die Kapitalmarktunion, ist kaum in der Lage, einen maßgeblichen wirtschaftlichen Anstoß zu geben und gerät durch Großbritanniens bevorstehenden Austritt aus der Union wohl in ernsthafte Schwierigkeiten.

3. Migration und Solidarität in der EU

Migration innerhalb und von außerhalb der EU hat die Einheit und Solidarität der EU ernsthaft belastet. Sie war ein wesentlicher Faktor in der Brexit-Debatte und bestimmte das finale Ergebnis von Juni 2016 mit. Migration ist auch das wichtigste Sammelthema für rechte Bewegungen und Parteien in der ganzen EU geworden, von Polen im Osten bis zu Frankreich im Westen. Die Fakten zum Thema Migration werden dabei kaum beachtet. Es gibt unterschiedliche Migrationsbewegungen mit unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Dynamiken. In einigen Ländern wie Großbritannien gilt Migration innerhalb der EU aus den osteuropäischen Ländern als 'Problem', obwohl diese unter die EU-weit festgelegte 'Personenfreizügigkeit' fällt. In anderen Staaten wie Deutschland ist eher Migration aus Ländern außerhalb der EU Streitpunkt. Einige Länder wie Polen haben mehr als eine Million Migranten in andere EU-Länder geschickt, während sie sich selbst stark gegen Migranten aus Ländern außerhalb der EU, insbesondere aus Syrien und anderen Teilen des Mittleren Ostens und Nordafrikas, aussprechen.

Es wird behauptet, dass unter Druck gesetzte gesellschaftliche Ressourcen und Gefahren für die nationale und kulturelle Identität Probleme sind, die mit der Migration verbunden sind. Doch während Ersteres eher aus einer jahrelang vernachlässigten staatlichen Grundversorgung unter verschiedenen neoliberalen wirtschaftspolitischen Kursen resultiert, ist Letzteres mehr eine Entschuldigung dafür, 'Andere' für soziale und wirtschaftliche Probleme der Armen verantwortlich zu machen. Diese be-

gründen sich allerdings teilweise in genau denselben neoliberalen Freihandels- und Globalisierungsmaßnahmen. Es gibt sehr wenig Anzeichen für einen Missbrauch von Sozialleistungen der Einwanderungsländer durch Migranten.

Es gibt Alternativen zu den derzeitigen fremden- und einwanderungsfeindlichen Maßnahmen in der EU. Mittelfristig muss kulturelle und politische Arbeit dafür sorgen, dass der Wert, den Migration für die Zielländer hat, öffentlich wahrgenommen wird. Kurzfristig sind wirtschaftliche und finanzielle Ressourcen vorhanden, um den Druck auf die Zielregionen zu reduzieren und gleichzeitig die Menschen, die zur Flucht in die EU gezwungen wurden, zu unterstützen.

4. Rechter und wirtschaftlicher Nationalismus in der EU: Ursprünge, Programme und Antworten

Die komplexe Krise der EU hat den Anstieg rechter nationalistischer Kräfte in Europa begünstigt. Die nationalistische Rechte umfasst eine große Bandbreite, die von nationalistisch liberal-konservativen bis zu offen faschistischen Kräften reicht. Einige von ihnen vertreten Programme, die eher neoliberal sind, während andere neoliberale mit national-konservativen Elementen verbinden. Teilweise werden auch heterodoxe Elemente mit eingeschlossen. Die Sozialpolitik ist durch einen Mix aus Workfare-Elementen und konservativen Maßnahmen gekennzeichnet. Letztere zielen auf die Wiederherstellung 'traditioneller' Geschlechterrollen ab. In mehreren westeuropäischen Ländern mit größeren Bevölkerungsanteilen mit Migrationshintergrund setzen sich rechte nationalistische Parteien massiv für eine 'nationale Bevorzugung' ein. Gegenstrategien sollten nicht einfach nur 'europäische' und 'nationale' Strategien gegenüberstellen. Vielmehr sollte ein inklusiver und egalitärer Kurs eingeschlagen werden, der den Verfall peripherer Regionen und vieler ländlicher Gebiete angeht. Solche Strategien sollten in dem territorialen Rahmen stattfinden, wo die Erfolgchancen am größten sind. Oft ist dies eher die nationale als die EU-Ebene.

5. Europäische Außenbeziehungen

Seitdem die Verhandlungen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) vorübergehend ausgesetzt wurden und der Ratifizierungsprozess des Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA) mit Kanada initiiert wurde, ist Letzteres ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerutscht. Doch bewerten viele Vertreter der linken Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen CETA als genauso rückschrittlich im Hinblick auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wie TTIP. Eine der umstrittensten Klauseln betrifft das alleinige und einseitige Recht transnationaler Unternehmen, Regierungen vor privaten Schiedsgerichten für Verluste, die sie infolge von Gesetzesänderungen erlitten haben, zu verklagen. Auch wenn in CETA erklärt wird, dass 'die Vertragsparteien ihr Recht, zur Erreichung legitimer politischer Ziele [...] in ihrem jeweiligen Gebiet regelnd tätig zu werden' bekräftigen, genügt die Möglichkeit, vor Schiedsgerichtsprozessen mit drohenden immensen Entschädigungszahlungen zu enden, um das Handeln von Regierungen lahmzulegen. Angesichts der enormen Präsenz von US-Unternehmen in Kanada könnten diese durch CETA einen großen Teil der Ziele von TTIP durchsetzen. Da CETA noch durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden muss, sollte insbesondere auf Ebene der Mitgliedsstaaten Widerstand gegen CETA geleistet werden.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) ist in Schwebelage geraten. Die Östliche Partnerschaft schlägt seit dem Beginn der Ukraine-Krise, für die sie teilweise verantwortlich ist, fehl und im Süden und insbesondere Südosten des Mittelmeerraums toben Bürgerkriege. Die ENP wird daher auf ihren beiden Fronten Kollateralschaden der Konfrontationspolitik der USA gegenüber Russland. Mit der Ukraine-Krise wurde der Weg für Interventionen von Außen freigemacht, wodurch Spaltungen innerhalb der EU verstärkt werden. Sie offenbart und verstärkt auch die Unfähigkeit der EU, unabhängig zu agieren. Trotz der katastrophalen Lage im Land blockiert die ukrainische Regierung unter Beeinflussung der unklaren Haltung der USA die Umsetzung des Minsker Abkommens, das von der EU aufgestellt wurde. Gleichzeitig tendiert Russland dazu, Paris und Berlin zu umgehen, um direkten Kon-

takt zu Washington zu haben. Der Ansatz der ENP ist es gewesen, Länder in der EU-Nachbarschaft dazu zu bewegen, Teile des *acquis communautaire* der EU zu übernehmen. Eine derartige Integration verstärkt Tendenzen zur Deindustrialisierung in der Peripherie. Zudem hat sie in einigen Fällen wie der Ukraine und Moldawien innere geopolitische Konfliktlinien vertieft. Anstatt tiefgreifenden Freihandel und untergeordnete Integration zu fördern, sollte die Nachbarschaftspolitik der EU beiderseitig vorteilhafte Kooperationen zum Beispiel auf Branchenebene anstreben.

Einleitung

Die Krise der Europäischen Union (EU) ist komplex und hat sich während des letzten Jahres zusehends vertieft. Das britische Referendum über die EU-Mitgliedschaft verdeutlichte die Gefahren für die europäische Integration am klarsten. Doch gibt es weitere Anzeichen für einen Trend zur Desintegration und eine zunehmende Ablehnung der EU-Politik.

Brexit

Mit dem britischen Referendum über die EU-Mitgliedschaft wurde das Thema Desintegration explizit auf die politische Tagesordnung gesetzt. Die Folgen des britischen Referendums sind im globalen Kontext zunächst in heftigen Protesten gegen die politischen Eliten sichtbar. Wachsende Ungleichheit, wirtschaftliche Unsicherheit, stagnierende oder sinkende Einkommen weiter Teile der Bevölkerung sowie der Druck auf die öffentlichen Dienstleistungen sind die Ursachen dieser Unzufriedenheit, die sich politisch sehr unterschiedlich Ausdruck verschafft. In Großbritannien, wie auch vielfach woanders, wurden Einwanderer zum Sündenbock und für die wirtschaftlichen Probleme verantwortlich gemacht. Dabei ist vielmehr der freie Verkehr des Kapitals und nicht die Mobilität der Arbeiter eine wesentliche Ursache für sinkende Lebensstandards sowie die Verschlechterung der Arbeitnehmerrechte und der sozialen Absicherung gewesen. (In Großbritannien waren Sozialhilfeempfänger ein weiterer Sündenbock. So haben sowohl die Labour Party bis zu ihrem letzten Führungswechsel als auch die konservativen Parteien Reduzierungen in der bereits unzureichenden Armutsbekämpfung gefordert.)

Während der Koalitionsregierung aus Konservativen und Liberaldemokraten von 2010 bis 2015 ist es der rechtspopulistischen Partei UKIP in Großbritannien gelungen, den Ärger der Bevölkerung in Richtung EU zu lenken. Insbesondere hat sie einem fremdenfeindlichen Nationalismus, der sich gegen zugewanderte Arbeiter aus anderen EU-Staaten richtet, Vorschub geleistet. Die wachsende Stärke von UKIP beunruhigte die etablierten Parteien. Doch war der tatsächliche Ausgang zu einem gewissen Grad ein politischer Unfall. Von einer Fortführung der Koalition nach der Wahl ausgehend, versprach der damalige Premierminister David Cameron ein Referendum über die britische EU-Mitgliedschaft, um den Vorstoß von UKIP aufzuhalten – da die Liberaldemokraten einem derartigen Referendum sicher nicht zugestimmt hätten, wäre es ein leeres Wahlversprechen der Konservativen gewesen. Die unerwartete Rückkehr der konservativen Mehrheitsregierung führte allerdings zur Erfüllung von Camerons Versprechen.

Der Erfolg der 'Leave'-Kampagne ist auf zwei wesentliche politische Strömungen zurückzuführen: der fremdenfeindliche Nationalismus von UKIP und ein ultraliberaler Flügel innerhalb der konservativen Partei. Konservative Mitglieder des Parlaments wie Michael Gove und John Redwood sahen die EU als ein Hindernis für einen deregulierten weltweiten Kapitalismus, für den sie eintraten. Nigel Lawson, Schatzkanzler in den 1980er Jahren, sprach für die-

sen Flügel als er schrieb 'Brexit will complete Margaret Thatcher's economic revolution.'¹ Diese beiden Strömungen könnten in Widerspruch geraten, da die von den Ultraliberalen befürwortete radikale Deregulierung die wirtschaftliche Lage eines Großteils der Bevölkerung weiter destabilisieren würde. Bis jetzt ist dieser Konflikt allerdings verborgen geblieben. Dahingegen gibt es in der post-Referendum Regierung von Premierministerin Theresa May bereits einen offenen Konflikt: Einige Minister, die von starken Interessengruppen insbesondere aus dem Finanzbereich beeinflusst werden, sind von den möglichen Konsequenzen von Großbritanniens Austritt aus dem europäischen Binnenmarkt und den ökonomischen Unsicherheiten, die zu einer deutlichen Abwertung des Pfund Sterling geführt haben, alarmiert. Sie drängen auf einen sanften 'Brexit-lite', bei dem vom Status quo so viel wie möglich erhalten bleibt. Andere sind hingegen fest entschlossen, den populistischen Forderungen nach Einwanderungskontrollen nachzukommen, auch wenn die wirtschaftlichen Beziehungen mit der EU darunter leiden. Es ist noch unklar, welcher Kurs eingeschlagen wird.

Die Argumente und Positionen der Arbeiterbewegung spielten in der Debatte um das Referendum kaum eine Rolle. Die einhellige Meinung war, dass die EU in ihrer aktuellen Funktionsweise den Interessen der Arbeiter zwar in vielerlei Hinsicht stark widerspricht, ein Austritt Großbritanniens in Verbindung mit Einwanderungsfeindlichkeit und weiterer Deregulierung die Situation allerdings keineswegs verbessern würde. Diese Position war sehr plausibel, doch sie konnte sich angesichts der Schwäche der Arbeiterbewegung und der pro-Brexit-Haltung der rechtsgerichteten Printmedien kaum Gehör verschaffen.

Der Brexit zeigt die Gefahr, dass zentrifugale Kräfte das europäische Projekt untergraben, möglicherweise sogar zerstören können, konkret auf. Genauer gesagt, bedeutet der Brexit den Erfolg von zwei radikal rechtsgerichteten Strömungen – einer extremen Form des wirtschaftlichen Liberalismus und einer Form des fremdenfeindlichen Nationalismus – und stärkt damit die desintegrativen Kräfte in ganz Europa. Das Versagen der EU-Führung, die soziale Not, die in sehr entstellter Weise Ausdruck in diesen Kräften findet, anzugehen, erhöht diese Gefahr. Die Untätigkeit der EU-Führung gegenüber den nationalistischen Reaktionen, die sich in der Mehrheit der Mitgliedsstaaten zusehends ausweiten, steht im krassen Gegensatz zu der Entschlossenheit, mit der die rationale, pro-europäische Anti-Austeritätsbewegung in Griechenland erstickt wurde.

Die Nord-Süd Kluft in der Eurozone

Der britische Premierminister David Cameron war nicht der Einzige, der Desintegration auf die europäische Agenda gesetzt hat. So hat der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble nichts Anderes getan, als er die griechische Regierung im Juli letzten Jahres vor keine andere Alternative zu Austerität und radikalen Strukturanpassungsmaßnahmen als den Austritt aus der Eurozone gestellt hat. Schäuble, der bereits 1994² Konzepte eines 'Kerneuropas' erörtert hatte, machte damit klar, dass auf die Mitgliedschaft der (peripheren) Länder in der Eurozone verzichtet werden kann, wenn sie sich nicht an strukturelle Anpassungen, Haushalt- und Lohnausterität halten.

¹ 'Der Brexit wird Margaret Thatchers wirtschaftliche Revolution vollenden.' (Übersetzung durch die EuroMemo Gruppe); Daily Telegraph, 23. September 2016.

² CDU/CSU-Fraktion im Bundestag: Überlegungen zur europäischen Politik, 1. September 1994, <https://www.cdusu.de/upload/schaeublelamers94.pdf> (aufgerufen: 21.10.2016).

Die Syriza-Regierung war auf einen Austritt nicht wirklich vorbereitet und gab unter enormem Druck den Forderungen der von Deutschland angeführten anderen Mitglieder der Eurozone nach. Angesichts des anhaltenden Drucks auf die Binnennachfrage ist das griechische BIP 2015 um weitere 0,2 Prozentpunkte gefallen. Die Arbeitslosigkeit liegt noch immer bei etwa 25%. Auch wenn die kontraktiven Maßnahmen die Leistungsbilanzdefizite (ohne deren Ursachen anzugehen) reduziert haben, haben sie Griechenlands Schuldenprobleme verstärkt. In den letzten Monaten hat sich die Auseinandersetzung zwischen der EU und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über die Tragfähigkeit der griechischen Staatsschulden und das Thema Schuldenschnitt verschärft. Obwohl sich die Regierungen der zentralen EU-Staaten wie Deutschland vollkommen bewusst sind, dass ein Schuldenschnitt letztlich unvermeidbar ist, sträuben sie sich, ihn in Erwägung zu ziehen.

Die von der Europäischen Kommission und den Regierungen der EU-Kernländer befürworteten Strukturanpassungsprogramme haben die zentralen Aspekte der wachsenden strukturellen Nord-Süd-Kluft nicht adressiert. Vielmehr haben sie die produktiven Strukturen geschwächt und die Deindustrialisierung in der Peripherie vorangetrieben. Aufgrund des abgewerteten Euro und da viele Touristen von Ländern wie die Türkei, Tunesien und Ägypten auf den westlichen Mittelmeerraum ausgewichen sind, hat sich die Lage in Spanien und Portugal etwas entschärft. Auch weniger restriktive makroökonomische Reformen der rechten Übergangsregierung in Spanien und der neuen progressiven portugiesischen Regierung mit ihrer expliziten Anti-Austeritätsagenda haben zu einer (leichten) wirtschaftlichen Erholung beigetragen. Obwohl die beiden Regierungen die Haushaltsziele der Europäischen Kommission nicht erreichten, wurden ihnen im Herbst 2016 keine Sanktionen auferlegt. Sogar die deutsche Regierung unterstützte diesen Kurs, der der spanischen Volkspartei (Partido Popular) – ein wichtiger Verbündeter der deutschen CDU/CSU – etwas Handlungsspielraum in der sehr ungewissen inländischen politischen Situation verschaffte. Allerdings kann daraus noch nicht auf einen generellen politischen Richtungswechsel geschlossen werden.

Auch wenn die nordeuropäischen Länder höhere Beschäftigungsraten als die Länder der südlichen Peripherie aufweisen, bedeuten die Ungleichgewichte innerhalb der EU auch für sie ernsthafte Gefahren. Beispielsweise hätte eine Brexit-bedingte Rezession in Großbritannien und in zentralen EU-Staaten für die nordischen Länder aufgrund ihrer wirtschaftlichen Öffnung und ihrer Handelsstrukturen schwerwiegende Folgen. Das Exportwachstum (wertmäßig um Norwegens Öl zu berücksichtigen) ist seit einer kurzweiligen Erholung direkt im Anschluss der Weltwirtschaftskrise in allen nordischen Ländern (außer Island) gering gewesen. Während die Situation in Schweden und Norwegen aufgrund der flexiblen Wechselkurse etwas entschärft wurde, konnte Finnland als Mitglied der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auf idiosynkratische Schocks (Probleme von Nokia, Handelssanktionen gegen Russland) nicht mit einer Abwertung seiner Währung reagieren, worunter insbesondere die Stahl- und Holzindustrie litt. Auch in Dänemark hat die Kopplung der Krone an den Euro zu schwachem Exportwachstum seit 2010 beigetragen. Obwohl die öffentlichen Ausgaben in Schweden aufgrund des Flüchtlingszustroms anstiegen, wurden in den nordischen Ländern keine diskretionären Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung verfolgt: In Finnland hat sich die Wirtschaftskrise aufgrund von Konsolidierungsmaßnahmen zur Erreichung der EU-Haushaltsziele verschärft; in den anderen Ländern hat der orthodoxe wirtschaftspolitische Kurs eine aktive Fiskalpolitik unmöglich gemacht. Nur aufgrund der sehr lockeren Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Schwedischen und Norwegischen Zentralbank –

mit gefährlichen Auswirkungen auf die Immobilienpreise – konnten die inländischen Ausgaben die schwache Exportnachfrage teilweise kompensieren.

Der Flüchtlingszustrom und 'Risse' im Schengen-Raum

Der große Zustrom von Flüchtlingen aus dem Mittleren Osten und Afrika 2015 und Anfang 2016 hat 'Risse' in der EU offenbart. Die informellen Antworten auf die Krise legten die Hauptlast auf die Peripherie Europas. Gleichzeitig bestimmt die EU-Verordnung zu Asylverfahren, die sogenannte Dublin-Verordnung, dass der Mitgliedsstaat, den die Flüchtlinge zuerst betreten, für die Prüfung der jeweiligen Asylanträge zuständig ist, was in den meisten Fällen vergleichsweise arme EU-Regionen sind. Insbesondere Griechenland geriet 2015 unter Druck. So war im Sommer 2015 vollkommen klar, dass die griechische Regierung, die bereits stark unter den massiven Spar- und Kürzungsmaßnahmen der EU litt, mit der Situation überfordert ist.

Die Entscheidung der deutschen Regierung, Kriegsflüchtlinge insbesondere aus Syrien einreisen zu lassen, entlastete Griechenland, stellte andere Regierungen von Ungarn bis Schweden jedoch vor neue Herausforderungen. Die deutsche Entscheidung, die ohne vorherige Rücksprache mit anderen Regierungen getroffen wurde, hat implizit eingeräumt, dass das Dubliner Übereinkommen nicht funktionierte. Vorläufige Lösungen außerhalb des bestehenden Rechtsrahmens wurden angewendet, wie zum Beispiel ein Korridor von Kroatien bis Deutschland, durch den Flüchtlinge von September 2015 bis März 2016 reisen konnten. Diese Maßnahmen wurden allerdings zunehmend durch konservativ-nationalistische Kräfte, beginnend mit der ungarischen Fidesz-Regierung, infrage gestellt. Diese Kräfte setzten sich offensiv dafür ein, dass die Grenzen für Flüchtlinge geschlossen und Mauern gebaut werden und fanden in christdemokratischen und sogar in einigen sozialdemokratischen Kreisen Fürsprecher. Hochrangige Regierungsvertreter aus Staaten wie Ungarn und Österreich reisten nach Mazedonien und lobten die dortigen Anstrengungen, die 'europäischen' Grenzen zu verteidigen. Damit machten sie implizit klar, dass es möglicherweise ein überflüssiges Mitglied im Schengen-Raum gibt – wieder einmal Griechenland.

Die EU-Staaten waren nicht in der Lage, einen außergewöhnlichen humanitären Ansatz durch eine neue Regelung für die Aufgabenverteilung hinsichtlich der Aufnahme von Flüchtlingen zu finden. Stattdessen wurde die Flüchtlingsfrage externalisiert. Am 18. März 2016 wurde ein Abkommen zwischen der EU und der Türkei geschlossen, welches Folgendes beinhaltet: Die Türkei nimmt Flüchtlinge entgegen finanzieller Leistungen von der EU zurück; die EU verspricht eine organisierte Umsiedlung von einer begrenzten Zahl von syrischen Flüchtlingen von der Türkei in die EU; beschleunigte Beitrittsverhandlungen; und die Aufhebung der Visumpflicht für türkische Bürger, die die EU besuchen. Konkret hat die türkische Regierung Flüchtlinge an der Weiterreise in die EU gehindert; im Gegenzug billigt die EU die verstärkte Repression in der Türkei.

Die Durchsetzung des europäisch-kanadischen Freihandelsabkommens CETA

Ende Oktober 2016 haben die Kommission und die Befürworter des Freihandels im Allgemeinen alles daran gesetzt, dass alle Mitgliedsstaaten das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA) mit Kanada unterzeichnen. Der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker hat dieses Freihandelsabkommen als das 'fortschrittlichste Handelsabkommen', das die EU jemals unterzeichnet hat, gelobt. Allerdings stellt es für viele Vertreter der linken Parteien, der Ge-

werkschaften und der sozialen Bewegungen einen Rückschritt im Hinblick auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit dar. Eine der umstrittensten Klauseln betrifft die Schaffung von Schiedsgerichten, die es 'Investoren', also transnationalen Unternehmen, erlauben, Staaten auf Schadensersatz zu verklagen, wenn sie davon ausgehen, dass nationale Regulierungen ihre Rechte verletzen. Dies ist gleichbedeutend mit einer rechtlichen Sonderstellung der transnationalen Unternehmen. Ebenfalls gibt es hinsichtlich der öffentlichen Dienstleistungen, der Gesundheitsstandards etc. Bedenken. Durch Handelsabkommen wie CETA werden neoliberale Grundsätze in Stein gemeißelt und der Handlungsspielraum für demokratische Re-Regulierung verringert. Die CETA-Verhandlungen fanden unter großer Geheimhaltung statt und standen lange im Schatten der Verhandlungen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP), die der gleichen Philosophie folgt.

Als die TTIP-Verhandlungen aufgrund des massiven Widerstandes ins Stocken gerieten, wurde die Unterzeichnung von CETA Priorität der Freihandels-Lobby. Viele US-amerikanische Unternehmen haben Tochtergesellschaften in Kanada und können so die CETA-Bestimmungen nutzen. Im gewissen Sinne führt CETA somit einige Bestimmungen von TTIP durch die Hintertür ein. In Deutschland und Österreich, wo die Proteste gegen CETA und TTIP besonders stark waren, gaben die sozialdemokratischen Parteien dem Druck ihrer konservativen Koalitionspartner, wirtschaftlichen Interessen und dem Drängen Brüssels nach. Die österreichischen Sozialdemokraten verhandelten eine symbolische gemeinsame Auslegungserklärung zu einigen kontroversen Punkten, die dem eigentlichen Vertrag angehängt wurden. Letztendlich waren die belgischen Regionen Wallonie und Brüssel die einzige Hürde für die Unterzeichnung des Abkommens durch die EU. Die Wallonie hatte ihre Einwände bereits ein Jahr zuvor an die Kommission gesandt. Offensichtlich hatte die Kommission gehofft, dass die Wallonie einknickt, indem das Datum für die feierliche Unterzeichnung von CETA festgesetzt wird. Doch dies stellte sich zumindest teilweise als Fehl kalkulation heraus. Die Regionalregierung der Wallonie ließ das Datum verstreichen und unterzeichnete erst kurze Zeit später, nachdem sie ebenfalls eine Zusatzerklärung verhandelt hatte.

Der EU-Kommissar Günther Oettinger hat sich daraufhin gegen die Mitsprache nationaler Parlamente in der EU-Handelspolitik ausgesprochen. Das Motiv dahinter ist es klar, Oppositionen durch Zentralisierung zu umgehen. Die Ratifizierung von CETA durch die nationalen Parlamente wird wahrscheinlich alles andere als reibungslos verlaufen. Die Art und Weise, mit der die EU CETA durchgesetzt hat, verschärft die Legitimitätskrise der EU und spielt in die Hände der desintegrativen Kräfte.

Die Beziehungen zwischen der EU und den USA nach der Wahl Trumps

Das Erstarken der rechten nationalistischen Kräfte hat sich nicht auf Europa beschränkt. In den USA hat der Oligarch Donald Trump mit der Unterstützung einer Vielzahl rechtsextremer Kräfte knapp die Präsidentschaftswahlen gewonnen. Eine aggressive einwanderungsfeindliche Rhetorik, das Versprechen von Steuersenkungen und der Beendigung der Transpazifischen Partnerschaft (Trans Pacific Partnership, TPP), die Neuverhandlung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (North American Free Trade Agreement, NAFTA) und die Einführung von Zöllen auf einige oder alle Importe waren zentrale Elemente seiner Wahlkampagne. Seitdem hat er außerdem Äußerungen gemacht, die darauf hindeuten, dass er eine Auflösung der EU gutheißt. Dies bedeutet wahrscheinlich ein Ende für TTIP. Falls sie realisiert werden, könnten auch reduzierte US-Ausgaben für NATO-Aktivitäten in Europa die

Beziehungen zu der EU stark beeinträchtigen. Nach der Wahl Trumps hat in der EU die Debatte um die Schaffung einer Verteidigungsunion neuen Schwung erhalten. Im Bereich der 'Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit' soll die militärische Zusammenarbeit zwischen EU-Mitgliedsstaaten verstärkt werden. Sowohl christdemokratische als auch sozialdemokratische Abgeordnete im Europäischen Parlament forderten erhöhte Militärausgaben der Mitgliedsstaaten. Angesichts der komplexen Krise gibt es von den Sozialdemokraten bis hin zu den rechten nationalistischen Kräften einen breit getragenen Konsens für eine stärkere Militarisierung und eine offensivere Außenpolitik. Diese militaristische Ausrichtung muss durch die linken Kräfte und die Friedensbewegung kritisch angegangen werden.

Strategien und Konzepte angesichts der Gefahren für die europäische Integration

Der Konsens der Christdemokraten, Sozialdemokraten und rechten nationalistischen Kräfte reicht nicht über die Militarisierung der Außenpolitik hinaus. Die europäischen Eliten haben auf die vielfachen aktuellen Krisen und Gefahren für die europäische Integration mit unterschiedlichen Strategien reagiert. Diese hängen mit Szenarien und Visionen über die Zukunft der EU zusammen. Wie auch im Falle der Brexit-Debatte in Großbritannien dominiert das rechte politische Lager die Diskussion.

Muddling-Through ('Sich-Durchwurschteln'): Die Mehrheit der Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen reagiert auf die aktuellen Krisen der EU überwiegend reaktiv. Die derzeit vorherrschende Strategie des Muddling-Through führt den neoliberalen Integrationsansatz fort und ist bemüht, die bestehende geografische Struktur der Eurozone und des Schengen-Raums zu bewahren. Sie wird ebenfalls vom Großteil der Konzerne unterstützt. Dieser Ansatz befasst sich allerdings weder mit der wachsenden Kluft zwischen den Kernländern und der Peripherie Europas noch mit dem fortschreitenden Legitimitätsverlust innerhalb breiter Teile der Bevölkerung. Trotz des Anspruchs, die Grundstrukturen des europäischen Integrationsprojektes und seine geografische Konstellation zu bewahren, wird der Ansatz angesichts fehlender Elemente zur Förderung des Zusammenhalts wahrscheinlich die Desintegration beschleunigen.

Es gibt zwei Nebenformen des Muddling-Through:

Muddling-Through mit größerem fiskalischem Spielraum und mehr öffentlichen Investitionen: Insbesondere Sozialdemokraten und teilweise linke Kräfte in Frankreich und den Ländern im Mittelmeerraum möchten den politischen Handlungsspielraum vergrößern, indem die Beschränkungen der fiskalpolitischen Vorgaben gelockert werden. Diese Nebenform des Muddling-Through schenkt dem Thema Zusammenhalt etwas mehr Beachtung als 'Mainstream Muddling-Through'.

Muddling-Through mit einem beschränkten und verschärften Schengen-Raum: Dieser Ansatz plädiert für 'vorübergehende' Grenzkontrollen im Schengen-Raum und gegebenenfalls den Ausschluss von Ländern, die nicht fähig oder bereit dazu sind, Flüchtlinge und 'unerwünschte' Migranten fernzuhalten. Er wird vor allem von den stärker nationalistischen Flügeln innerhalb der christdemokratischen Parteien insbesondere in den Kernländern Europas, aber auch in den Ländern Zentralosteuropas vertreten. De facto hat die generelle Muddling-Through-Strategie schon einige Schritte in diese Richtung unternommen, z.B. die Einführung von 'vorübergehenden' Grenzkontrollen und die Errichtung von Grenzzäunen innerhalb des Schengen-Raums.

'Kerneuropa': Die EU ist bereits durch eine differenzierte Integration charakterisiert. Traditionelle 'Kerneuropa'-Konzepte zielen auf eine verstärkte neoliberale Integration unter den Kernländern ab und sehen daher meist eine kleinere und homogenere Eurozone als einen Ausgangspunkt an. Diese Idee wird insbesondere in der politischen Mitte der christdemokratischen Parteien diskutiert. Die 'Kerneuropa'-Konzepte rechter nationalistischer Parteien wie die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) oder die Alternative für Deutschland (AfD) konzentrieren sich dagegen explizit darauf, den Kern Europas kleiner und homogener zu machen. Demnach ist es Ziel, die Peripherie, die als Last dargestellt wird, loszuwerden. Die Vorschläge von rechten Kräften in den Semi-Kernländern und der Peripherie Europas wie die Lega Nord oder weniger konsequent die Fünf-Sterne-Bewegung (Cinque Stelle) in Italien befürworten einen Austritt aus der Eurozone und sind daher komplementär zu den 'Kerneuropa'-Konzepten.

'Ein Europa der Nationen': Einige rechtsnationalistische Parteien plädieren dafür, dass sich der europäische Integrationsprozess auf den gemeinsamen Binnenmarkt und damit verbundene wirtschaftliche Regulierungen konzentriert. Rechte nationalistische Parteien in Zentral- und Osteuropa wie Fidesz in Ungarn und Prawo i Sprawiedliwość (PiS) in Polen messen außerdem regionalen Förderstrukturen große Bedeutung bei. In anderen Bereichen setzen sie sich dagegen für einen größeren Handlungsspielraum auf nationaler Ebene ein, was sich teilweise in den jeweiligen Wettbewerbsstrategien und teilweise in der national-konservativen Agenda (z.B. hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse und der Sozialpolitik) begründet. Einige nationalistische rechte Kräfte wie der Front National in Frankreich propagieren sehr unspezifische Konzepte eines 'anderen Europas', die bereits der rechtsextremen Richtung zuzuordnen sind. Die Grenzen zwischen derartigen Konzepten eines 'anderen Europas' und einer kompletten Auflösung der EU sind verschwommen.

Konzepte und Strategien für eine linke Politik

'Ein anderes Europa' – linker europäischer Föderalismus: Der Ausdruck 'ein anderes Europa' ist auch in einigen linken Kreisen weit verbreitet, allerdings mit einer komplett anderen Bedeutung. Ziel ist eine fundamentale demokratische Neuausrichtung der EU, die die Grundlage für einen demokratischen europäischen Föderalismus legen und Raum für einen gerechteren Integrationsprozess schaffen würde. Die politischen Voraussetzungen für diesen Ansatz sind äußerst schwierig durchzusetzen. Insbesondere ist ein breiter Konsens, auch zwischen den Mitgliedsstaaten, notwendig. Die aktuellen Entwicklungen verlaufen allerdings in die entgegengesetzte Richtung.

Angesichts der starken Machtasymmetrien innerhalb der EU und der griechischen Erfahrungen setzen sich immer mehr linke Kräfte dafür ein, einen explizit sozial ausgerichteten Kurs zu verfolgen, indem EU-Verordnungen abgelehnt und die Eurozone sogar aufgegeben wird, falls progressive Reformen anders nicht möglich sind.

Die beiden linken Strategien unterscheiden sich primär hinsichtlich der Frage, was innerhalb der EU politisch machbar ist und was durch wirtschaftspolitische Strategien, die sich auf einen oder wenige einzelne Mitgliedsstaaten beschränken, erreicht werden kann.

Beide Ansätze sind ohne eine größere politische Einheit und einen stärkeren politischen Einfluss als ihn die linke Opposition derzeit hat sehr schwierig voranzubringen. Auch wenn die aktuelle Politik momentan wahrscheinlich am ehesten durch Proteste, die im länderspezifischen Kontext verwurzelt sind, bekämpft werden kann, betont die EuroMemo Gruppe wei-

terhin, dass eine internationale Perspektive und koordinierte europäische Strategien für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und sozialen Gerechtigkeit notwendig sind.

1 Makroökonomische und entwicklungspolitische Maßnahmen zur Bekämpfung von Austerität und ungleicher Entwicklung

Der offiziellen EU-Politik gelingt es noch immer nicht, einen deutlichen und gleichmäßigen konjunkturellen Aufschwung anzustoßen

Mitte 2014, vier Jahre nachdem die drastischen Spar- und Kürzungsmaßnahmen begonnen hatten, weite Teile der Wirtschaft innerhalb der Eurozone zu vernichten, waren erste geringe Anzeichen für einen politischen Richtungswechsel erkennbar. Der Teufelskreis aus Konsolidierungsmaßnahmen, die die Krise verschärfen und daher zu höheren Defiziten und Schuldenständen führen, um schließlich wiederum verstärkte Konsolidierungsmaßnahmen hervorzurufen, wurde schwierig zu bestreiten und die Forderungen nach einer expansiveren Fiskalpolitik wurden lauter. Es wurde klar, dass die Geldpolitik allein die Konjunktur nicht maßgeblich ankurbeln kann. In seiner mittlerweile berühmten Jackson Hole Rede im August 2014 sprach sich selbst Mario Draghi für eine expansivere Grundhaltung in der gesamten Eurozone und für ein öffentliches Investitionsprogramm auf europäischer Ebene aus, wobei er darauf bestand, dass dies im Rahmen der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes geschehe.

In der Tat gab es mit der neuen EU-Kommission hinsichtlich der Fiskalpolitik ein wenig Fortschritt. Zwei Initiativen wurden Ende 2014 und Anfang 2015 angestoßen. Es handelt sich zum einen um den 'Investitionsplan für Europa', auch 'Juncker Plan' genannt, einen Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) um Investitionen im großen Umfang zu finanzieren. Zum anderen wurden die Regeln zur Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes präzisiert, mit dem Ziel, den haushaltspolitischen Spielraum für Mitgliedsstaaten, die nachteilige wirtschaftliche Voraussetzungen haben und/ oder (in der Terminologie der Kommission) 'Strukturreformen' durchführen, zu erweitern.

Wie zu erwarten war, ist es beiden Initiativen allerdings nicht gelungen, eine dringend notwendige deutliche und nachhaltige Erholung anzustoßen. Der Juncker Plan wurde nur langsam umgesetzt und das Zielvolumen noch immer bei Weitem nicht erreicht. Noch schwerwiegender sind deutliche Anzeichen dafür, dass es keine zusätzlichen positiven Investitionseffekte gibt, sondern dass der EFSI überwiegend Investitionsprojekte finanziert, die sowieso durchgeführt worden wären. Auch der zusätzliche Handlungsspielraum, der aus der neuen Auslegung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes resultierte, hat wenig gebracht. Auch wenn Spanien und Portugal für ihre Defizitüberschreitungen keine Geldstrafen auferlegt wurden, wurden die beiden Länder durch die Kommission und den Rat unter stark angestiegenen Konsolidierungsdruck gesetzt.

Das Ergebnis dieser zaghaften Versuche, die Nachfrage außerhalb der Geldpolitik zu stimulieren, ist enttäuschend: Die Wachstumsprognose für die Eurozone hat sich seit dem Frühjahr 2014, als der verhaltene wirtschaftspolitische Richtungswechsel eingeschlagen wurde, nicht mehr verbessert. Und während es in einigen peripheren Ländern wie Spanien und Portugal vor allem durch eine weniger restriktive Fiskalpolitik eine gewisse wirtschaftliche Erholung gab, haben Länder wie Frankreich und Österreich unter einer verstärkt restriktiven

Fiskalpolitik gelitten. Die nachlassende weltweite Konjunktur und die Unsicherheiten infolge des Brexit-Votums schwächen die wirtschaftliche Erholung noch mehr.

Alternative makroökonomische Politikmaßnahmen

Die makroökonomische Politik in der EU muss einen anderen Ansatz verfolgen, der kurzfristig eine deutliche und nachhaltige wirtschaftliche Erholung mit Vollbeschäftigung und fairem Wachstum fördert und langfristig eine gleichmäßige Entwicklung vorantreibt, die die offensichtlichen makroökonomischen Ungleichgewichte verhindert. Der aktuelle makroökonomische Kurs – eine Kombination aus fiskalischer Austerität und einem Abwertungswettlauf, der durch 'Strukturreformen' auf dem Arbeitsmarkt angetrieben wird – hat nicht nur Arbeitnehmerrechte beschnitten, die Gewerkschaften geschwächt und den Sozialstaat abgebaut, sondern ist auch komplett erfolglos in der Erreichung von Wachstum und gleichmäßiger Entwicklung gewesen.

Eine überzeugende Alternative muss auf mindestens sechs wichtigen Reformen basieren.

1. Die Forderung nach ausgeglichenen Haushalten muss durch die Forderung nach 'ausgeglichenen Volkswirtschaften' ersetzt werden, die das Ziel eines hohen und stabilen Beschäftigungsniveaus beinhaltet. Fiskalpolitik sollte ein zentrales Instrument sein, um dieses Ziel kurz- und langfristig zu erreichen. Es sollte klar zwischen den laufenden Staatsausgaben und öffentlichen Investitionen unterschieden werden. Wenn wünschenswert, können Letztere durch Kredite finanziert werden. Kurzfristig gibt es einen erheblichen, ungenutzten Handlungsspielraum innerhalb des bestehenden politischen Rahmens. Um die wirtschaftliche Erholung zu festigen, sollte dieser genutzt werden, um über mehrere Jahre deutliche, positive fiskalpolitische Impulse zu setzen. Austerität muss durch koordinierte Reflation ersetzt werden. Die Europäische Zentralbank (EZB) (zusammen mit den nationalen Zentralbanken in Ländern außerhalb der Eurozone) sollte eine wohlstandsorientierte Fiskalpolitik voll unterstützen und ihre fortwährenden Konsolidierungsforderungen aufgeben.
2. Neben der Vergrößerung der Handlungsspielräume für die nationale Fiskalpolitik, ist es mittel- bis langfristig auch wichtig, dass die Fiskalpolitik auf europäischer Ebene eine stärkere Rolle einnimmt. Es sollte ein größeres EU-Budget geben, um sowohl EU-weite Investitionen, öffentliche Güter und Dienstleistungen zu finanzieren als auch eine anti-zyklische europäische Fiskalpolitik zur Unterstützung nationaler fiskalpolitischer Maßnahmen zu etablieren. Es ist schon seit Längerem argumentiert worden, dass eine einheitliche Währung eine Fiskalpolitik auf EU-Ebene erfordert, die in der Lage ist, Steuern zu erheben sowie Defizite und Überschüsse erzielen kann. Eine effektive Fiskalpolitik auf EU-Ebene könnte konjunkturelle Abschwünge abfedern und Finanztransfers zwischen reicheren und ärmeren Regionen ermöglichen. Aktuell beträgt das Haushaltsbudget der EU ca. 1% des EU-BIP und muss ausgeglichen sein. Um einen nachhaltigen Impuls für einen Stabilisierungsprozess zu erzielen, muss das Budget deutlich angehoben werden (auf mindestens 5% des EU-BIP). Es muss progressiv ausgerichtet und in der Lage sein, je nach Konjunkturlage Defizite oder Überschüsse zu erzielen. Steuern und öffentliche Ausgaben auf EU-Ebene würden nationale Steuern und Ausgaben teilweise ersetzen. Der Aufbau einer Fiskalpolitik auf EU-Ebene ist ein sehr langfristiges Projekt und würde de facto ein Schritt in Richtung politischer Union bedeuten. Dieser ist jedoch notwendig, damit die Einheitswährung erfolgreich funktioniert. Äußerst bedenklich sind allerdings die derzeit-

gen offiziellen Vorschläge für eine europäische 'fiskalische Stabilisierungsfunktion', da sie darauf abzielen, mehr Kompetenzen auf EU-Ebene zu verlagern ohne angemessene demokratische Kontrolle zu gewährleisten und gleichzeitig weitere Beschränkungen für die nationale Fiskalpolitik bedeuten würden.

3. Eine stärkere europäische Fiskalpolitik sollte Teil eines umfassenderen politischen Kurses sein, der wirtschaftliche und soziale Ungleichgewichte innerhalb der EU angeht. Dazu sollte die Politik nicht nur auf generelles Wachstum, sondern auch auf die Überwindung von Disparitäten auf nationaler und regionaler Ebene sowie zwischen unterschiedlichen Sektoren abzielen. Um sicherzustellen, dass die wirtschaftliche und soziale Entwicklung nicht vom Wettbewerb dominiert wird, sondern nachhaltig ausgerichtet ist und die unterschiedlichen Ausgangssituationen und Potentiale berücksichtigt, ist ein europaweiter Ansatz unbedingt erforderlich.
4. Es sollte eine langfristige europäische Investitionsstrategie geben, die in zentralen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bereichen öffentliche Investitionen fördert und private Investitionen unterstützt. Gleichzeitig sollte sie durch strategische industriepolitische Maßnahmen in den peripheren Ländern der EU das Produktivitätswachstum stärken. Diese Maßnahmen sind notwendig, um Produktionskapazitäten wiederaufzubauen und die Wettbewerbsfähigkeit der Defizitländer zu verbessern. Die regional- und strukturpolitischen Maßnahmen der EU sollten gestärkt und ausgeweitet werden und es ist eine neue Industriepolitik erforderlich, die auf einem groß angelegten öffentlichen und privaten Investitionsprogramm basiert. Die regional- und strukturpolitischen Maßnahmen sollten insbesondere darauf ausgerichtet sein, industrielle, Verkehrs- und Energieanlagen ökologisch nachhaltiger zu gestalten. Darüber hinaus sind EU-Programme notwendig, die private Investitionen in den Defizitländern (und in allen anderen EU-Ländern mit geringerem Einkommensniveau) unterstützen und finanzieren. Dadurch könnte der Abbau der Leistungsbilanzdefizite erleichtert werden, ohne dass eine Deflation notwendig ist.
5. Der derzeitige deflationäre Abwertungswettlauf muss beendet werden. Vielmehr sollten strategische Lohnzuwächse, die eine gerechte Teilhabe der Arbeiter am Wachstum und stabile Inflationsraten ermöglichen, angestrebt werden. Als Faustregel sollte die sogenannte Lohnnorm gelten: die nationalen Löhne sollten sich durchschnittlich entsprechend der Trendentwicklung der Produktivität plus der Zielinflationsrate der EZB erhöhen. Da es allerdings vor der Finanzkrise einen generellen Trend zu steigenden Leistungsbilanzungleichgewichten und dementsprechend wachsenden Defiziten in vielen Mitgliedsstaaten der Währungsunion gegeben hatte, sind insbesondere in den Überschussländern einige Abweichungen von dieser Faustregel notwendig. Dieser Kurs sollte bei der gegenseitigen Anerkennung, dass Überschussländer eine genauso starke Verantwortung für den Abbau der Ungleichgewichte haben wie Defizitländer, ansetzen. Überschussländer können ihren Beitrag durch Reflationspolitik leisten, da diese hilft, die Exportnachfrage für Güter aus den Defizitländern zu erhöhen und die eigene übermäßige Wettbewerbsfähigkeit durch höhere Lohnzuwächse zu reduzieren.
6. Effektive Maßnahmen zur Bekämpfung des Steuerwettbewerbs sind notwendig. Auch wenn die nationalen Behörden noch Spielraum haben, um eine progressive und gerechte Steuerpolitik zu verfolgen, zehrt der internationale Steuerwettbewerb langfristig die Einnahmen der öffentlichen Haushalte auf. Der Steuerwettbewerb bedeutet eine enorme

Ungerechtigkeit, da der Großteil der Bevölkerung besteuert wird, während Großkonzerne, Reiche und Vermögende zahlreiche Möglichkeiten zur Steuerumgehung und –hinterziehung haben. Gleichzeitig zerstört der Steuerwettbewerb die Bereitschaft, Steuern zu zahlen und somit die Finanzbasis des Sozialstaates und der gesellschaftlichen Solidarität. EU-Maßnahmen zur Begrenzung der Steuerhinterziehung sollten daher erheblich verstärkt werden. Gleichzeitig ist eine Steuerharmonisierung notwendig, zumindest im Bezug auf Körperschaft- und Kapitalertragsteuern, da diese die international mobilsten Steuern sind. Eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Unternehmensbesteuerung sollte mit Mindeststeuersätzen einhergehen, die sich für Mitgliedsstaaten, die vor oder nach 2004 beigetreten sind, unterscheiden könnten. Alternativ könnte eine einheitliche Körperschaftsteuer eingeführt werden, die Einnahmen für den EU-Haushalt generieren würde: Im Kontext einer Währungsunion mit Arbeits- und Kapitalmobilität könnte dies dabei helfen, den Wettkampf um den geringsten Körperschaftssteuersatz einzugrenzen, auf den sich EU-Staaten zu Lasten anderer Mitgliedsstaaten einlassen um ausländische Investitionen anzuziehen. Darüber hinaus sollte in allen Mitgliedsländern eine Finanztransaktionssteuer erhoben werden, die dazu beitragen könnte, das Volumen des Finanzmarktes zu begrenzen.

2 EU-Geld- und Finanzmarktpolitik: Ist die Grenze erreicht?

Es gibt mittlerweile Anzeichen, dass die extrem lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) an ihre Grenzen stoßen könnte. Gleichzeitig verschärfen die weitreichenden neuen Befugnisse, die die EZB während der Krise erhalten hatte, den Mangel an demokratischer Kontrolle der EU ernsthaft. Indes ist die wesentliche EU-Initiative im Bereich der Finanzmärkte, die Kapitalmarktunion, kaum in der Lage, einen maßgeblichen wirtschaftlichen Anstoß zu geben.

Geldpolitik

Vor dem Ausbruch der Finanzkrise 2007/08 überwog eine minimalistische Auffassung über die Geldpolitik. Die Zentralbank sollte ihr Hauptziel – die Preisstabilität – durch die Festsetzung ihres Hauptinstruments, den kurzfristigen Refinanzierungszinssatz für den Interbankenmarkt, verfolgen. Infolge der Krise hat die EZB, wie auch andere Zentralbanken, einen viel komplexeren und aktiveren politischen Kurs eingeschlagen, auch wenn die Regierungen einiger Mitgliedsstaaten, insbesondere die deutsche, diesen nur widerwillig mittrugen.

Die kurzfristigen Refinanzierungszinssätze sind mehrfach gesenkt worden (nach einem gescheiterten Versuch, sie 2011 zu erhöhen). Der Einlagezinssatz der EZB ist negativ geworden, was auch bei anderen risikoarmen Forderungen, wie deutschen Staatsanleihen, zu negativen Renditen geführt hat. Zudem wurden zu sehr günstigen Zinssätzen umfangreiche, langfristige Kredite (gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte, GLRG) an die Geschäftsbanken vergeben.

Der wichtigste Kanal, über den Liquidität in die Wirtschaft der Eurozone gepumpt wurde, ist allerdings eine Reihe von Programmen zum Ankauf von Wertpapieren – Bankanleihen, Staatsleihen der Eurozone, 'gedeckte Schuldverschreibungen' (Haftung durch Banken ergänzt durch einen zusätzlichen Bestand an Sicherheiten) und zuletzt auch Anleihen anderer

Unternehmen – gewesen. Das aktuelle Programm zum Ankauf von Vermögenswerten, das bis März 2017 läuft, umfasst monatliche Ankäufe in Höhe von 80 Milliarden €. Es wurde bis Ende 2017 mit einer monatlich etwas geringeren Ankaffungssumme in Höhe von 60 Milliarden € verlängert. (Es ist allerdings hervorzuheben, dass die mit den gekauften Staatsanleihen verbundenen Risiken dezentralisiert sind, sodass jede Zentralbank im Eurosystem die Anleihen der eigenen Regierung hält.)

Die EZB

Diese Maßnahmen, die noch vor einigen wenigen Jahren vollkommen unkonventionell waren, haben die Bilanz der EZB um ein Vielfaches aufgebläht, von etwa 500 Milliarden € vor der Finanzkrise auf aktuell etwa 3 Billionen €. In mancher Hinsicht sind die Maßnahmen der EZB in Bereiche gedrungen, die normalerweise eher der Haushalts- als der Geldpolitik innewohnen. Z.B. bedeutet die Entscheidung, Anleihen bestimmter Unternehmen und nicht anderer anzukaufen, eine Förderung von Unternehmen in spezifischen Sektoren und Gebieten. Gleichzeitig hat die EZB weitreichende neue Befugnisse erhalten. Im Rahmen der Bankenunion ist sie nun die Aufsichtsbehörde für den Großteil des Bankensektors der Eurozone, einschließlich aller Großbanken und der kleineren Banken, die im Verhältnis zu den Volkswirtschaften der Mitgliedsstaaten, in denen sie sitzen, noch immer groß sind. Sie überwacht auch die Regulierung kleinerer Banken durch die nationalen Behörden und ist befugt, in diese nationale Regulierung einzugreifen und sogar an deren Stelle zu treten falls das Bankensystem insgesamt in Schwierigkeiten gerät. Die Bankenunion ist allerdings so aufgebaut, dass eine effektive zentrale Finanzierung für viele Jahre verhindert wird. Die EU-Banken sind noch immer nicht ausreichend finanziert, während die Spar- und Kürzungsmaßnahmen und die Rezession die Lage der Firmen- und Privatkunden der Banken in vielen Ländern wie in Italien verschlechtern und somit auch die Situation der Banken selbst verschärfen. Weitere Befugnisse hinsichtlich der Finanzmarktstabilität gehen damit einher, dass der Europäische Ausschuss für Systemrisiken bei der EZB in Frankfurt untergebracht ist und Mario Draghi beide Institutionen leitet. Die EZB nimmt ihre Rolle als 'Lender of last resort' ('Kreditgeber in letzter Instanz') noch immer nicht in dem Maße wie andere Zentralbanken wahr. Grund dafür ist starker Widerstand von den deutschen Vertretern, die davon ausgehen, dass eine derartige Rolle eine übermäßige Verschuldung von Regierungen, Banken und großen nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften fördern würde. Allerdings sind mittlerweile makroprudentielle Probleme – also mögliche systemische Risiken für die Stabilität der Marktwirtschaft – erkennbar und die EZB ist damit beauftragt, derartige Gefahren zu identifizieren und darauf zu reagieren.

Schließlich ist die EZB zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Kommission natürlich auch Mitglied der Troika gewesen. In dieser Rolle ist sie für wirtschaftspolitische Auflagen, die Bedingungen für die Finanzhilfen für die europäischen Krisenstaaten waren, mit verantwortlich gewesen. Die Auflagen waren äußerst präzise und stellten weite Eingriffe in die Politik der jeweiligen Länder dar. In diesen Ländern blieb somit praktisch kein sozioökonomischer Bereich von den Entscheidungen der EZB unbeeinflusst.³

³ Hans-Jürgen Bieling und Mathis Heinrich, 'Central Banking in der Krise. Neue Rolle der Europäischen Zentralbank im Finanzmarktkapitalismus', *Widerspruch*, Nr. 66, 2015.

Kapitalmarktunion

Die europäischen Banken, die äußerst hohe Fremdkapitalquoten hatten, waren weltweit mit am stärksten von der Finanzkrise, die 2007 in den USA ausbrach, betroffen. Als Reaktion darauf hatte die Kommission ihre Bemühungen, die europäische Finanzmarktintegration auf Grundlage von zunehmender Deregulierung voranzutreiben, zeitweise ausgesetzt. Insbesondere wurden Pläne zur Förderung eines europäischen Subprime-Hypothekenmarkts verworfen. Die Verantwortung für die Finanzmarktintegration sollte nicht mehr bei der Generaldirektion Binnenmarkt liegen, sondern es wurde ein eigener Zuständigkeitsbereich innerhalb der Kommission geschaffen. Die Aufsichtsstrukturen im Versicherungs-, Banken- und Wertpapierhandelsbereich wurden verstärkt; der Ausschuss für Systemrisiken wurde eingerichtet und ein weitreichendes Reformprogramm zur Finanzmarktregulierung, das rund 40 Gesetzesinitiativen umfasste, durchgeführt.

Die 2014 ernannte Juncker Kommission kehrte allerdings zu einer Strategie der Integration über die Marktöffnung zurück. Ihr wichtigster Vorschlag ist die Kapitalmarktunion mit dem Ziel, EU-weit integrierte Kapitalmärkte für den Handel von Anleihen, Aktien und anderen Wertpapieren zu schaffen. Diese Initiative ist stark vom US-amerikanischen System beeinflusst. In den USA spielen die Wertpapiermärkte eine viel wichtigere Rolle als in der EU, wo sich Unternehmen vor allem über Bankenkredite finanzieren. Hintergrund der Bemühungen der Kommission, das europäische Finanzsystem in Richtung US-Modell zu verändern, sind die Bedenken über die Gesamtsituation der EU-Banken: Sie sind stark verschuldet, unterfinanziert und durch sehr unsichere Kredite gehemmt. Hoffnung ist, dass der Wandel hin zur verstärkten Wertpapierfinanzierung die Wachstumsraten in der EU beschleunigt und somit den politischen und wirtschaftlichen Krisen, die die europäischen Institutionen plagen, entgegensteuert. Gleichzeitig könnte dieser politische Kurs auch eine Schwerpunktverlagerung weg von der Eurozone und hin zum gemeinsamen Binnenmarkt und insbesondere zum britischen System, wo die Kapitalmärkte enorm bedeutsam sind und die wirtschaftliche Performance in letzter Zeit nicht ganz so schlecht gewesen ist, sein.

Die Grenzen der Geldpolitik

Wenn die derzeit überall in der EU durchgesetzte restriktive Haushaltspolitik als gegeben hingenommen wird, gibt es keinen Zweifel, dass eine außergewöhnlich lockere Geldpolitik notwendig gewesen ist und es auch bleiben wird. Auch in den USA, wo die Konjunktur sogar viel stärker durch öffentliche Ausgaben und steuerliche Maßnahmen unterstützt worden ist, war ein ähnlicher geldpolitischer Kurs erforderlich. Angesichts eines Finanzmarktcrashs eines zuvor unbekanntes Ausmaßes wäre es gut möglich gewesen, dass ansonsten massive Verkäufe von Vermögenswerten durch notleidende, hochverschuldete Banken, Unternehmen und Privatpersonen zu einem vollkommenen wirtschaftlichen Zusammenbruch geführt hätten. Allerdings gibt es immer mehr Anzeichen dafür, dass sehr niedrige Zinsraten und Liquidität im großen Ausmaß zwar noch immer notwendig sind, aber nicht ausreichen um einen dynamischen Aufschwung anzustoßen. Dieser ist allerdings für einen deutlichen Abbau von Arbeitslosigkeit notwendig.

- Der EZB gelingt es nicht mehr, ihre Zielinflationsrate, die nur knapp unter 2% liegt, zu erreichen und das Lohnwachstum ist weiterhin zu gering um einen entsprechenden Anstieg der Inflationsrate zu bewirken. Selbst die eigenen Prognosen der EZB gehen für

Ende 2018 noch von einer deutlich niedrigeren Inflationsrate als angezielt aus. Die Folge ist ein erhöhter Druck auf verschuldete Regierungen, Haushalte und Unternehmen.

- Die lockere Geldpolitik hat die gesamtwirtschaftliche Nachfrage unter anderem durch eine Abwertung des Euros beeinflusst, doch angesichts der sehr hohen Zahlungsüberschüsse der Eurozone ist eine weitere Abwertung unwahrscheinlich. Auf jeden Fall wäre sie im weltwirtschaftlichen Kontext sehr dysfunktional.
- Günstige Kreditkonditionen stimulieren die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nur insoweit, wie diese durch fehlende Finanzierungsmittel beschränkt ist – dies ist in der Eurozone derzeit allerdings kaum der Fall. So haben viele der größten Unternehmen sogar große Geldbestände. Vielmehr werden sie durch systemische Unsicherheiten und mangelnde Nachfrage von Investitionen abgehalten.
- Da die Maßnahmen der EZB weiterhin Differenzen in den Zinsen auf Anleihen unterschiedlicher Staaten ('Risikoaufschläge') fordern, gibt es auch deutliche Unterschiede in den Zinsraten, die Unternehmen zahlen müssen. Daten der EZB zeigen, dass die medianen Zinsraten für Kredite an Unternehmen in 'notleidenden' Mitgliedsstaaten der Eurozone (Zypern, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Portugal, Slowenien und Spanien) zwar mit ungefähr 4% niedrig, aber fast zweimal so hoch wie ansonsten in der Eurozone sind.⁴ Allerdings sind Unternehmen gerade in diesen Ländern und insbesondere in Griechenland am stärksten durch fehlende Finanzierungsmittel beschränkt.
- Die Abhängigkeit von billigen Krediten zur Erhaltung der wirtschaftlichen Aktivität hat unbeabsichtigte Konsequenzen, z.B. mögliche Preisblasen bei Vermögenswerten: Bei geringen Renditen auf viele Anlagen tendieren Vermögende dazu, in risikoreichere Anlageformen zu investieren um höhere Renditen zu erzielen. Durch das extrem hohe Kreditangebot wird dies erleichtert und anfängliche Preisanstiege nach dem Kauf bestimmter Vermögenswerte scheinen das hohe Renditepotential zu bestätigen. Momentan bewerten einige Kommentatoren die sehr hohe Zahl von Fusionen und Übernahmen als Anzeichen für eine solche Blase. Viele dieser Geschäfte führen oft nicht zu realwirtschaftlichen Investitionen oder ziehen Finanzmittel sogar davon ab und sobald die Börsenwerte sinken, könnten sie sich als Fehleinschätzung herausstellen. Es gibt außerdem Anzeichen für Immobilienblasen in Deutschland und der Slowakei.
- Eine weitere unbeabsichtigte Konsequenz ist die angestiegene Ungleichheit, die sich aus hohen Preisen für Vermögenswerte ergibt: Z.B. führen niedrige Zinsraten und Ankäufe von Vermögenswerten durch die Zentralbank tendenziell zu höheren Hauspreisen.
- Wenn sichere Anlagen keine positiven Renditen mehr erzielen, könnte es für Versicherungsunternehmen und Rentenfonds schwierig werden, ihren Verpflichtungen gegenüber den Sparern nachzukommen. Eine Studie der Bundesbank deutet darauf hin, dass bei andauernden Zinsraten von 0% viele Lebensversicherungsgesellschaften in Deutschland scheitern könnten.

Wegen all dieser Gründe ist eine 'Normalisierung' der Geldpolitik mit niedrigen, aber positiven Zinsraten wünschenswert, allerdings nur unter der Voraussetzung einer expansiveren Fiskalpolitik. Führende Persönlichkeiten in der EU wie Bundesbankpräsident Jens Weidmann oder EU-Kommissar Pierre Moscovici fordern eine Normalisierung der Geldpolitik und gleich-

⁴ ECB, *Financial Integration in Europe*, April 2015, S. 29.

zeitig eine restriktivere Haushaltspolitik in Frankreich, Italien und woanders – dies ist klar ein Rezept für weitere Rezessionen und sinkende Beschäftigung.

Der Brexit und das Finanzsystem

Schon bevor das Ergebnis des britischen EU-Referendums feststand, war es unglaublich, dass die Kapitalmarktunion zur wirtschaftlichen Erholung in der EU beitragen könnte. Der Drang, die Finanzmärkte auszubauen beruht auf einer vereinfachten Interpretation der wirtschaftlichen Entwicklung in den USA, denn diese hängt stärker von einer unterstützenden makroökonomischen Politik als von der spezifischen Finanzmarktstruktur ab. Die Maßnahmen, die zur Förderung der Kapitalmarktunion vorgesehen waren, sind zu unbedeutend und könnten das tatsächliche Auseinanderweichen der finanziellen Bedingungen zwischen den Mitgliedsstaaten, das sich aus der unterschiedlichen Behandlung der Staatsanleihen ergab, kaum umkehren. Infolge des Brexit ist das Projekt nun ins Ungewisse geraten, da die britischen Finanzmärkte ganz klar als Zentrum des Wertpapierhandels vorgesehen waren. Das Ausscheiden des Londoner Finanzzentrums aus dem gemeinsamen Binnenmarkt bedeutet, dass es diese zentrale Rolle nicht spielen kann.

Ein IMK-Bericht⁵ weist darauf hin, dass die Spar- und Kürzungsmaßnahmen im Allgemeinen und insbesondere die deutsche Schuldenbremse – ein Versuch, staatliche Kreditaufnahme zu verhindern – in Wahrheit das Finanzsystem der EU schwächen, da sie den Mangel an sicheren Anlageformen, die zur Stabilisierung von Banken und anderen Finanzinstitutionen beitragen, verschärfen.

Unzureichende Instrumente

Zusammenfassend muss gesagt werden, dass eine unkonventionelle Geldpolitik nicht ausreicht, um eine wirtschaftliche Erholung in der Eurozone aufrechtzuerhalten und dass die von der Kommission vorgesehene Umstrukturierung des Finanzsystems im besten Fall bedeutungslos ist. Es gibt unterschiedliche Modelle für die Haushaltspolitik, die einen deutlichen und nachhaltigen Beschäftigungsanstieg fördern würden. Diese schließen, in unterschiedlichem Umfang, Investitionsprogramme auf EU-Ebene und/ oder eine koordinierte Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten ein. Falls sich jedoch keine dieser Möglichkeiten als politisch realisierbar herausstellt, kann es sein, dass die Währungsunion auseinanderbricht.

Die EZB führte ihre sehr lockere Geldpolitik 2016 sogar in verstärktem Maße fort. Es gibt allerdings Anzeichen, dass diese Politik an ihre Grenzen stößt. Während der Krise hat die EZB weitreichende neue Befugnisse und Zuständigkeiten erhalten, wodurch ihre Unabhängigkeit von allen politischen Instanzen in der EU eine immer größere Verletzung demokratischer Prinzipien darstellt. Die wesentliche EU-Initiative im Bereich der Finanzmärkte, die Kapitalmarktunion, ist kaum in der Lage, einen maßgeblichen wirtschaftlichen Anstoß zu geben und gerät durch Großbritanniens bevorstehenden Austritt aus der Union wohl in ernsthafte Schwierigkeiten.

⁵ Silke Tober, 'The ECB's Monetary Policy: stability without safe assets?', *Social Europe*, Nr. 9, Mai 2016.

3 Migration und Solidarität in der EU

Es wäre keine Übertreibung zu sagen, dass Migration innerhalb und von außerhalb der EU die Einheit und Solidarität der EU ernsthaft und in einem vergleichbaren Ausmaß wie die gescheiterte Bewältigung der Eurokrise belastet hat. Migration war ein wesentlicher Faktor in der Brexit-Debatte und bestimmte das finale Ergebnis von Juni 2016 mit. Im September 2016 hielt Ungarn ein Referendum über die EU-Richtlinie, wonach Flüchtlinge 2016 nach Quoten für jeden Mitgliedsstaat (im Verhältnis zur Anzahl der Bevölkerung) verteilt werden sollten, ab. Auch wenn die Beteiligung gering war, lehnte das ungarische Referendum die Quotenregelung ab. Angela Merkmals lobenswerte Entscheidung, syrische Flüchtlinge einreisen zu lassen, führte zu massiven Angriffen der deutschen Migrationspolitik durch die rechtsextreme Partei Alternative für Deutschland (AfD) und schürte islam- und EU-feindliche Stimmungen. Auch andere EU-Staaten wie Polen, Tschechien und die Slowakei haben Merkmals Entscheidung, muslimische Flüchtlinge einreisen zu lassen, infrage gestellt, da dies angeblich die christliche Kultur Europas untergraben würde. Zudem wurden in EU-Staaten einwanderungsfeindliche politische Maßnahmen umgesetzt, die sich sowohl gegen Migranten aus EU-Ländern als auch gegen Migranten aus Ländern außerhalb der EU richten. Interessanterweise haben einige Länder wie Ungarn und Polen, in denen es eine besonders aggressive Rhetorik und Aktivität gegen Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten gibt, sehr geringe Anteile von Ausländern in der Bevölkerung (1.5% bzw. 0.3% einschließlich ausländischer EU-Bürger⁶); gleichzeitig ist eine große Zahl der eigenen Bevölkerung im Rahmen des EU-Prinzips der 'Personenfreizügigkeit' in andere EU-Länder gezogen.

Unterschiedliche Migrationsformen und die EU-Migrationspolitik

Es gibt unterschiedliche Migrationsbewegungen mit unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Dynamiken. In einigen Ländern wie Großbritannien gilt Migration innerhalb der EU aus den osteuropäischen Ländern als 'Problem', während es in anderen Staaten wie Deutschland Migration aus Ländern außerhalb der EU ist.

Migration innerhalb der EU wird durch das 'Personenfreizügigkeit'-Prinzip unter Artikel 3c) des Vertrags von Maastricht geregelt. Dieser sieht 'einen Binnenmarkt, der durch die Beseitigung der Hindernisse für den freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten gekennzeichnet ist' vor. Artikel 8a) betont explizit, 'Jeder Unionsbürger hat das Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten [...] frei zu bewegen und aufzuhalten.' Diese Regelungen erweitern das in Artikel 48 des Vertrags von Rom von 1957 festgelegte Prinzip der 'Freizügigkeit der Arbeitnehmer' innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Dieses trug in den 1960er Jahren dazu bei, dass die Arbeitslosigkeit in den wirtschaftlich schwachen südlichen Regionen Italiens sank, da Arbeiter in wohlhabendere Regionen der EWG zogen.

In diesem Sinne ist Migration lange ein wichtiges Instrument zur Verbesserung von Lebensstandards gewesen. Es war erfolgreich, solange die Migrationsströme relativ klein waren und sich nicht auf einige wenige Zielländer konzentrierten. Außerdem bestätigten sich frühere Bedenken wegen großen Migrationsbewegungen von den neuen südlichen Mitgliedsstaaten (z.B. Griechenland, Spanien und Portugal) zu den nördlichen Staaten in den 1980er Jahren nicht – wenn überhaupt, zogen Ruheständler aus dem reicheren Norden in den ärmeren

⁶ House of Commons, *Migration Statistics*, 2016, Nummer SN 06077.

Süden, insbesondere nach Portugal und Spanien. Allerdings galt im vorherrschenden Model des Freihandels und des Wirtschaftswachstums, das 'durchsickert' (Trickle-down-Effekt), die Freizügigkeit von Kapital und Arbeit (mit minimalen Struktur- und Sozialausgaben) als alles, was für die wirtschaftliche Konvergenz notwendig ist.

Der Beitritt einer großen Zahl von Ländern 2004 (Estland, Zypern, Ungarn, Malta, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien), 2007 (Bulgarien und Rumänien) und 2013 (Kroatien) hat die Dynamiken hinsichtlich der Anzahl und Bewegungen der Migranten verändert und zu einer Konzentration auf wenige Zielländer geführt. Angesichts der Einkommensunterschiede zwischen den neuen Mitgliedsstaaten und der alten EU15, hatten Letztere Bedenken, dass sich große Zuwanderungsströme negativ auf ihre Arbeitsmärkte und Sozialsysteme auswirken könnten. Den EU15-Staaten wurden daher für sieben Jahre 'Übergangsbestimmungen' angeboten, die die Freizügigkeit der neuen EU-Bürger beschränkten. Alle EU15-Staaten entschieden sich für die Übergangsbestimmungen mit Ausnahme von Irland, Großbritannien und Schweden. Infolgedessen gab es einen großen Zustrom insbesondere von Osteuropäern in diese drei Länder, die in bestimmten Bereichen und geografischen Gebieten auch einen Arbeitskräftemangel hatten.⁷ Weder die EU noch die Zielländer hatten irgendwelche Unterstützung für Regionen, in denen die Nachfrage nach Arbeitsmigranten groß war, vorgesehen. Erst die jüngsten politischen Entwicklungen, insbesondere das Brexit-Referendum, sowie zunehmender Fremdenhass und Angriffe auf Migranten in einigen Mitgliedsstaaten haben die nationalen Regierungen dazu gedrängt, Unterstützung für die betroffenen Regionen zuzusichern.

Der Vertrag von Maastricht (und der Vertrag von Rom) befassten sich stärker mit der Liberalisierung des Handels zwischen den Mitgliedsstaaten als mit Angelegenheiten wie die Angleichung von Lebensstandards. Die Armuts- und die Sozialpolitik insgesamt ist zum Großteil Angelegenheit der Mitgliedsstaaten, unterliegt allerdings auch einigen EU-Richtlinien und der juristischen Kontrolle durch die EU (die Arbeitszeitrichtlinie ist ein typisches Beispiel). Doch nach den Nichtdiskriminierungsvorschriften der 'Personenfreizügigkeit' haben Migranten aus anderen EU-Ländern die gleichen Rechte auf soziale Unterstützung und den Zugang zu den meisten Gesundheits- und Bildungsleistungen wie Inländer. Während kaum Anzeichen für einen sogenannten 'Sozialtourismus', bei dem Menschen in reichere EU15-Staaten ziehen, um die dortigen höheren Arbeitslosen- und Sozialleistungen auszunutzen, zu finden sind, gibt es insbesondere in bestimmten Zielregionen Fälle, wo lokale Leistungen (Gesundheitswesen, Bildung, Wohnungs- und Transportwesen) unter Druck gerieten. Ein Beispiel ist Großbritannien, wo darüber hinaus seit den 1980er Jahren Sozialleistungen gekürzt, Privatisierungen durchgeführt und insgesamt neoliberale, marktorientierte politische Maßnahmen verfolgt worden sind. Dies zeigt gleichzeitig, dass der Druck auf die lokalen Leistungen nur teilweise durch Zuwanderung entstanden ist. Unterm Strich sind Migranten keine Last für die Wirtschaften der Zielländer. Zudem wurden die Kosten für ihre Erziehung und Bildung oft durch die Herkunftsländer getragen. Sie sind im Durchschnitt jünger und haben eine höhere Erwerbsquote als Inländer. Schließlich leisten sie einen Beitrag zur Wirtschaftsleistung in den Zielländern und zu den dortigen öffentlichen Haushalten, indem sie Steuern zahlen, was wiederum die lokalen und nationalen öffentlichen Dienstleistungen unterstützt. Das hat

⁷ N. Shimmel, 'Welcome Europe, but please stay out: Freedom of Movement and the May 2004 expansion of the European Union', *Berkley Journal of International Law*, Vol. 24, Nr. 3, 2006.

Einwanderer nicht davor geschützt, Sündenböcke für eine Fülle von sozialen und wirtschaftlichen Problemen, die aus einer neoliberalen Globalisierung resultierten, zu werden.

Gleichzeitig sollte hervorgehoben werden, dass ein erheblicher Anteil der Unterstützungsempfänger arbeitet, aber mit so niedrigen Einkommen, dass die Betroffenen als arm gelten und ein Recht auf Unterstützungsleistung haben. Dies kommt bei Inländern und Migranten gleichermaßen vor. Nach den letzten verfügbaren Daten sind 17 Millionen (15%) der 120 Millionen armen Menschen in der EU in Beschäftigung.⁸

Die große Mehrheit der Migranten lebt von ihren eigenen Mitteln und ihrer Arbeit und kommt der Vorgabe für die 'Personenfreizügigkeit', dass Migranten keine Last für die Zielländer darstellen sollten, vollkommen nach. Trotzdem ist die von der rechten Propaganda geschürte Auffassung, dass es massiven 'Sozialtourismus' und einen Missbrauch von Ressourcen der Zielländer gibt, weiterhin verbreitet. Dies hat zu der beunruhigenden Entwicklung geführt, dass arme Migranten, insbesondere Roma, aus Frankreich und Großbritannien (vor dem Brexit-Referendum) ausgewiesen wurden. Dies ist eine klare Verletzung des Prinzips der 'Personenfreizügigkeit'.

Im Bezug auf Migranten aus Ländern außerhalb der EU befassen sich die aktuellen Debatten und Bedenken mehr mit Asylsuchenden und Flüchtlingen als mit Migranten, die über den Arbeitsmarkt oder offizielle Rekrutierungsprogramme einreisen. Nach dem Dubliner Übereinkommen von 1990 und seinen späteren Überarbeitungen ist der erste 'sichere' Staat, in den der Asylsuchende eingereist ist, für das Asylverfahren zuständig, es sei denn der Asylsuchende hat enge familiäre Beziehungen (was normalerweise Ehepartner oder unverheiratete Kinder unter 18 Jahren bedeutet) in einem anderen EU-Land. Diese Regelung missachtet nicht nur die Wünsche der Asylsuchenden, wo sie aus persönlichen, familiären und kulturellen, aber auch wirtschaftlichen Gründen leben möchten, sie bedeutet auch enormen Druck für die Staaten an den EU-Außengrenzen. Seit dem syrischen Krieg und den andauernden politischen Instabilitäten und Konflikten in Libyen, im Irak und in Afghanistan sind dies insbesondere Griechenland und Italien.

Die Ankunft zehntausender vor allem syrischer Flüchtlinge auf den griechischen Inseln nahe der Türkei überlastete buchstäblich die administrative Infrastruktur in Griechenland, ein Land, das bereits seit Jahren unter massiven Spar- und Kürzungsmaßnahmen gelitten hatte. Als Antwort auf diesen Druck und die sich abzeichnende humanitäre Krise bot Deutschland den syrischen Flüchtlingen Asyl an. Einige EU-Staaten, insbesondere die auf der Strecke zwischen Griechenland und Deutschland beanstandeten den deutschen Kurs, da er gegen die Dubliner Verordnung verstoße. Allerdings boten diese Länder keine andere wirkliche Lösung für die Flüchtlingskrise an. Das Einschreiten der EU-Kommission in Form von finanzieller und logistischer Unterstützung für Griechenland und der Verteilung der Flüchtlinge entsprechend der Bevölkerungszahl der EU-Staaten kam zu spät und war bei Weitem nicht ausreichend. Die EU bot auch 2,35 Milliarden € für die Unterstützung von Flüchtlingslagern in der Türkei an, um den Zustrom von Asylsuchenden in die EU einzudämmen, doch bis jetzt wurden erst 0,45 Milliarden € ausgezahlt.⁹ Einige osteuropäische Mitgliedsstaaten wie Ungarn und Polen

⁸ Europäische Kommission, *In-work poverty and labour market segmentation in the EU*, 4. Februar 2011, <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=89&langId=en&newsId=986&furtherNews=yes>.

⁹ Joze Mencinger, 'Refugees and thousandth: demographic and economic effects', Beitrag zum 22. Workshop zu einer alternativen Wirtschaftspolitik der EuroMemo Gruppe, Coimbra, Portugal, 2016 http://www.euromemo.eu/annual_workshops/2016_coimbra/workshops_papers_coimbra/index.html.

lehnten die Umverteilung von syrischen Flüchtlingen zwischen den Mitgliedsstaaten aufgrund von kaum verhohlenen ethnischen und religiösen Gründen entschieden ab. Wie bereits erwähnt, gingen den Einwänden gegen die Aufnahme muslimischer Syrer Einwände gegen die 'Freizügigkeit' von Roma in vielen EU-Staaten voraus. Auch ältere EU-Mitgliedsstaaten verfolgten eine flüchtlingsfeindliche Politik. So stellte Österreich Barrieren an einigen seiner Grenzstellen zu Italien und Slowenien auf. Rechte Politiker in Polen und Ungarn gingen sogar soweit, dass sie argumentierten, die christliche Identität und rassische Reinheit Europas sei gefährdet.

Insoweit vermeintliche kulturelle Bedenken nicht einfach nur Rassismus verschleiern, werden sie von der Tatsache widerlegt, dass Menschen islamischen Glaubens seit Jahrhunderten in verschiedenen Teilen Europas friedlich Seite an Seite mit Andersgläubigen gelebt haben. Die Folklore in vielen Teilen der EU, z.B. Spanien, Portugal, Ungarn und Rumänien, verdankt viel ihrem kulturellem Erbe der Roma.

Die Reaktionen auf die Migration haben sowohl die Solidarität und den Zusammenhalt in der EU als auch das grenz- und Visa-freie Reisen innerhalb des Schengen-Raums ernsthaft auf die Probe gestellt. Dabei wurden die langfristige demografische Alterung in der EU und die geringen Kosten, die für die Unterstützung der derzeitigen Zahl der Asylsuchenden und Migranten in der EU notwendig sind, ignoriert.

Alternative Ansätze

Auf Grundlage der realistischen Annahme, dass die EU 3 Millionen Flüchtlinge aufnimmt, ergeben die Berechnungen von Mencinger, dass die Gesamtausgaben für eine finanzielle Unterstützung der Flüchtlinge durch die EU in Höhe der durchschnittlichen Sozialleistungen in der EU nicht höher als 0,1% des EU-BIP wären.¹⁰ Je nach der Anzahl der zugeteilten Asylsuchenden zu jedem Mitgliedsstaat und der Höhe der jeweiligen Sozialleistungen, variieren die Ausgaben zwischen 0,008% des BIP in Lettland und 0,2% des BIP in Dänemark. Deutschland mit der höchsten Quote von 488.000 Asylsuchenden hätte Ausgaben in Höhe von 0,17% seines BIP. Dies sind selbst für derzeitig von der Austerität betroffene Haushalte und die ärmeren Mitgliedsstaaten tragbare Kosten. Zudem wäre es wahrscheinlich keine langfristige finanzielle Verpflichtung, denn die Ausgaben könnten mit der Zeit sinken, wenn die Asylsuchenden den Flüchtlingsstatus erhalten und sich einleben. Dies hat die Vergangenheit bei vielen Migrationsströmen gezeigt.

Nichtsdestotrotz müssen die notwendigen Gelder aufgetrieben werden. Die nationale Bevölkerung sollte den Flüchtlingen gegenüber aufgeschlossen und davon überzeugt sein, dass die Sozialleistungen für die Flüchtlinge nicht auf ihre eigenen Kosten gehen. Dies gilt insbesondere in den ärmeren Ländern. Solidarität zwischen den Inländern und den Asylsuchenden und anderen Migranten aufzubauen ist genauso wichtig wie die Organisation von finanziellen Mitteln für deren Unterstützung.

Es gibt einige Maßnahmen, die sowohl den Asylsuchenden als auch den Regionen, die angesichts der aktuellen Migrationsströme unter Druck gerieten, zugutekommen würden. Beide Ziele könnten erfüllt werden, wenn die EU einige der Gelder, die für die lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank verwendet werden, nutzen würde. Dadurch würde nicht nur der Druck auf die nationalen Regierungen, eigene Gelder umzuverteilen, reduziert, sondern

¹⁰ Ibid.

auch die lokale wirtschaftliche Entwicklung angekurbelt werden. Noch weitere Finanzierungsquellen könnten aufgetan werden, wie eine EU-Anleihe zur Finanzierung der Einwanderung analog der derzeit vorgeschlagenen 'Europäischen Verteidigungsanleihe'.¹¹ Letztere hat unter anderem das Ziel, die Außengrenzen der EU zu stärken und ist somit zum Teil auch eine Maßnahme zur Einwanderungskontrolle.

Gleichzeitig könnten ärmere Länder mit schlechteren sozialen Einrichtungen zusätzlich subventioniert werden. Dienstleistungen wie das Gesundheits- und Bildungswesen, die für alle Bürger grundlegend sind, könnten sogar besonders ins Auge gefasst werden. Die inflationären Auswirkungen solcher Ausgaben wären gering, da die Gelder im Verhältnis zur Anzahl der Asylsuchenden und zum Entwicklungsstand des Sozialsystems jedes Landes zugeteilt werden würden. In vielen betroffenen Ländern gibt es eher eine Deflations- als eine Inflationsgefahr. Die EU sollte auch mit den nationalen Regierungen zusammenarbeiten, um die Kommunen, die durch den großen Zustrom von Zuwandernden aus der EU und von Asylsuchenden unter Druck gerieten, zu entlasten.

Die sind bescheidene Vorschläge, die bei einem entsprechenden politischen Willen in der EU relativ schnell umgesetzt werden könnten. Die Politiker und die Bürger der EU haben eine enorme Verantwortung dafür, der Öffentlichkeit die Angst vor Migranten, die zu tiefen Spaltungen in den europäischen Gesellschaften geführt hat, zu nehmen. Europa hat bereits eine bewegte Geschichte, in der konservative und rechte Politiker 'Anderen' die Schuld für Arbeitslosigkeit und Armut gegeben hatten. Wir sollten aus den Erfahrungen der Pogrome und Kriege des 19. und 20. Jahrhunderts lernen. Das Zeichen der Zivilisation bemisst sich am Umgang mit den schwächsten Menschen.

4 Rechter und wirtschaftlicher Nationalismus in der EU: Ursprünge, Programme und Antworten

Die globale Krise, die 2007/08 begann, hat das Erstarken der nationalistischen Rechten in der EU beschleunigt. In Ungarn und Polen regieren nationalistische rechte Parteien allein. In Belgien, Dänemark und Finnland sind sie entweder Teil einer Regierungskoalition oder unterstützen die Regierung ohne direktes Mitglied zu sein. In vielen anderen EU-Staaten sind nationalistische rechte Parteien gestärkt aus den letzten Wahlen hervorgegangen.

Der aktuelle Aufstieg der nationalistischen Rechten zeigt Parallelen zur Zwischenkriegszeit als das liberale Wirtschaftssystem in eine tiefe Krise rutschte. Wie Karl Polanyi aufzeigte, entstanden zwei Gegenbewegungen zum Liberalismus: zum einen eine linke sozialistische Alternative und zum anderen demokratiefeindliche rechtsextreme, oft faschistische, Bewegungen. Er betonte, dass linksorientierte Regierungen in der Zwischenkriegszeit mehrfach darin scheiterten, mit dem extrem starren Goldstandard-Währungssystem umzugehen und die internationalen Kapitalbewegungen ausreichend streng zu beschränken. Das Europäische Währungssystem und anschließend die Eurozone haben progressiver oder linker Wirtschaftspolitik Einschränkungen auferlegt, die in gewisser Weise ähnlich zu denen des Goldstandards der Zwischenkriegszeit sind.

Die linke Syriza-Regierung ist den wirtschaftspolitischen Beschränkungen, die ihr durch die ordoliberalen Institutionen der Eurozone auferlegt worden waren, in einem extremen Maße

¹¹ 'Brussels eyes bond to fund defence plan', *Financial Times*, 15. September 2016.

ausgesetzt gewesen. 2015 erlitt sie eine strategische Niederlage, als der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble sie lediglich vor die Alternativen, aus der Eurozone auszutreten oder den neoliberalen Austeritäts- und Strukturanpassungsmaßnahmen zuzustimmen, stellte. Da Syriza nicht ernsthaft für einen Austritt aus der Eurozone vorbereitet war und unter enormen Druck stand, gab sie den Forderungen der von Schäuble angeführten Finanzminister der Eurozone nach. Syrizas Niederlage hat andere linke Parteien wie Die Linke in Deutschland und Podemos in Spanien, die ebenfalls für Alternativen innerhalb der Eurozone eintraten, geschwächt. Dagegen wurde die nationalistische Rechte, z.B. die italienische Lega Nord, als eine selbsternannte Alternative zum Euro-Liberalismus gestärkt. Für viele nationalistische rechte Parteien ist eine starke Kritik der Eurozone Zentrum ihrer wirtschaftspolitischen Programme. Für sie ist der Konflikt zwischen Syriza und den EU-Institutionen kein Konflikt zwischen unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Konzepten oder zwischen einer demokratisch legitimierten nationalen Regierung und liberal-autoritären Konzepten der Gläubiger, sondern ein Kampf zwischen einem unterdrückten Nationalstaat und der EU.

Das Spektrum der nationalistischen Rechten

Die nationalistische Rechte umfasst eine große Bandweite, die von nationalistisch liberal-konservativen Kräften wie den EU-skeptischen Flügel der britischen Konservativen bis zu offen faschistischen Kräften wie die ungarische Jobbik oder die griechische Chrysi Avgi reicht. Im Gegensatz zum Rechtsextremismus der Zwischenkriegszeit stellt der Großteil der heutigen nationalistischen Rechten den parlamentarischen Pluralismus nicht infrage. Allerdings haben die allein regierenden nationalistischen rechten Parteien wie Fidesz in Ungarn und Prawo i Sprawiedliwość (PiS) in Polen die Gewaltenteilung geschwächt und versucht, das Rechtswesen und die Massenmedien stärker zu kontrollieren.

In einer Reihe von Fällen hat sich der Nationalismus in Rassismus radikalisiert, oft in der Form von islamfeindlichem Rassismus. Nationalistische rechte Parteien werden daher oft entsprechend ihres Grades an Nationalismus und Rassismus klassifiziert. Eine alternative Einordnung könnte auf dem Ausmaß an neoliberalen, national-konservativen und, in bestimmten Fällen, faschistischen Elementen, die ihre Programme und möglicherweise Regierungspraktiken bestimmen, basieren. Hinsichtlich der Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der nationalistischen Rechten ist dieser Ansatz angemessener.

In einigen Fällen dominiert nationalistischer Neoliberalismus. Dies trifft auf die tschechische Občanská demokratická strana (ODS), die slowakische Sloboda a Solidarita (SaS), die britische UKIP und anfangs (allerdings nicht mehr) die Alternative für Deutschland (AfD) zu. Vielfach wird ein Mix aus neoliberalen und national-konservativen Elementen mit einer Hetze gegen 'Einwanderer' verbunden, so im Fall von Fidesz, der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), der Lega Nord und des französischen Front National. Manchmal werden auch die national-konservativen Elemente stärker betont, z.B. durch die PiS in Polen. Schließlich gibt es Gruppierungen mit offen faschistischen Tendenzen und Bezügen. Wie oben erwähnt, zählen dazu die ungarische Jobbik, die griechische Chrysi Avgi und die slowakische Ľudová strana – Naše Slovensko.

Tendenziell gilt, je stärker die national-konservative Orientierung ist, desto stärker weichen die wirtschaftspolitischen Vorschläge vom Mainstream ab und beinhalten einige heterodoxe Elemente. Der Nationalkonservatismus zeigt sich meist besonders stark bei Themen, die Ge-

schlechterverhältnisse betreffen, wobei die Vorschläge auf die Wiederherstellung vermeintlicher 'traditioneller' Geschlechterrollen abzielen.

In den weiter rechts außen stehenden Gruppierungen wird eine 'nationale Bevorzugung' in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik stark betont. Indem sie den Ausschluss der 'Anderen' hervorhebt, versucht sich die ultranationalistische Rechte als 'soziale Rechte' darzustellen. Durch die Selbstdarstellung als soziale Kraft soll die traditionelle Wählerbasis aus der Mittelschicht in Richtung der breiten Bevölkerung erweitert werden. Allerdings wird die Orientierung auf bestimmte Gruppen der inländischen Bourgeoisie nicht aufgegeben. So befürworten nationalistische Parteien die Stärkung des 'nationalen' Kapitals in bestimmten Wirtschaftssektoren.

Rechte wirtschaftspolitische Konzepte zwischen Orthodoxie und Heterodoxie¹²

In den letzten Jahren haben nationalistische rechte Parteien zunehmend heterodoxe, *etatistische* Programmaspekte und politische Maßnahmen verfolgt. Zudem spielen selektive Maßnahmen zum wirtschaftlichen und sozialen Schutz eine verstärkte Rolle. Dieser Richtungswechsel wurde bereits vor der letzten globalen Krise eingeschlagen. Die selektive Übernahme heterodoxer Elemente zielt darauf ab, die soziale Basis der Parteien zu vergrößern und bestimmte Entwicklungsblockaden und Krisenphänomene anzusprechen.

Die wirtschaftspolitischen Vorschläge sind stark von der Position der betroffenen Länder in der europäischen Arbeitsteilung geprägt. Dies zeigt sich insbesondere in den Positionen, die die Eurozone – ein zentrales Thema der nationalistischen Rechten – betreffen. Nationalistische rechte Parteien in den neomerkantilistischen Ländern wie die AfD in Deutschland und die FPÖ in Österreich setzen sich für die Schaffung eines Euro-Kernraums aus den stärksten Exportwirtschaften ein. So fordert die FPÖ 'Bei Nicht-Stabilisierung des Euro rasche Restrukturierung der Eurozone durch Austritt der schwachen Volkswirtschaften und Reduzierung auf wirtschaftlich ähnlich starke Volkswirtschaften.' Die südeuropäischen Mitgliedsstaaten der Eurozone werden als Last empfunden. Diese Auffassung wird von den nationalistischen Neoliberalen der slowakischen Sloboda a Solidarita (SaS), die die wirtschaftlichen Beziehungen und die gemeinsame Sparkultur mit Deutschland betonen, geteilt.

In Italien und Frankreich, wo eine großflächige Deindustrialisierung seit dem Euro-Beitritt stattgefunden hat, haben die Lega Nord und der Front National eine starke Haltung gegen den Euro eingenommen. In einer Broschüre über den Euro betont die Lega Nord, dass der Euro für Italien überbewertet und schädlich für die italienische Industrie ist. Während der Austritt aus der Eurozone für die Lega Nord eine Voraussetzung für die Bewältigung der Krise ist, wird er nicht als Allheilmittel angesehen und es werden ergänzende industriepolitische Maßnahmen und Investitionen befürwortet. Sowohl die Lega Nord als auch der Front National fordern neben dem Austritt aus der Eurozone auch die Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen.

In Zentralosteuropa haben sich Fidesz, PiS und ODS gegen die Einführung des Euro ausgesprochen. Sie möchten die Möglichkeit zur nationalen Wechselkurspolitik bewahren. Sowohl in Ungarn als auch in Polen hat die nationalistische Rechte Fremdwährungskredite als wichtiges politisches Thema aufgegriffen. In Ungarn war die Verschuldung in Fremdwährung viel

¹² Siehe hierzu auch Joachim Becker: 'Editorial. Konturen einer wirtschaftspolitischen Heterodoxie von rechts', *Kurswechsel*, No. 3, 2015.

stärker verbreitet als in Polen und trug 2008/09 deutlich zur Krise bei. Sie war ein zentrales Problem der oberen Mittelschicht, der Stammwählerschaft von Fidesz. Nachdem Fidesz ins Amt gewählt wurde, hat die Regierung ihre Auslandsverschuldung nach und nach in Anleihen, die auf den Forint laufen, umgewandelt. Dafür war die Partei bereit, einen gewissen Konflikt mit den vorwiegend ausländischen Banken einzugehen. Die Maßnahme vergrößerte den Spielraum für autonome Wechselkurs- und Zinspolitik, den Fidesz zu einem gewissen Grad genutzt hat. Die Fidesz-Regierung hat ihren Einfluss auf die Zentralbank ausgebaut und dadurch ihren wirtschaftspolitischen Kurs stärker vorangetrieben.

Auch die PiS hat während ihrer Wahlkampagne 2015 das Thema Fremdwährungskredite betont. Allerdings hat sie bis jetzt von einer verpflichtenden Umwandlung abgesehen und befürwortet freiwillige Lösungen. Dieser Sinneswandel scheint durch das Ziel, den Anteil inländischer Banken im Bankensektor zu erhöhen, begründet zu sein. Offensichtlich versucht PiS, diese Banken nicht mit Umstellungskosten zu belasten.

Beide Parteien, Fidesz und PiS, streben eine stärkere Rolle des inländischen Kapitals an. Im Fall von Fidesz beschränken sich diese Anstrengungen auf bestimmte Dienstleistungssektoren (wie das Bankgeschäft). Für die Exportindustrie stützt sich die Fidesz-Regierung vollkommen auf Auslandsinvestitionen. PiS steht dem aktuellen Entwicklungsmodell, das sich durch niedrige Löhne und äußerst geringe Ausgaben für Forschung und Entwicklung kennzeichnet, kritischer gegenüber.

Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zwischen Neoliberalismus und Nationalkonservatismus

Die steuerpolitischen Vorschläge und Maßnahmen der nationalistischen Rechten begünstigen ganz klar privates Kapital und einkommensstarke Gruppen. Diese Tendenz zeigt sich in ihrer Einstellung gegenüber Gewerkschaften. Mit Ausnahme der PiS tendieren die nationalistischen rechten Parteien und Bewegungen zu gewerkschaftsfeindlichen Haltungen. In der Sozialpolitik verbinden sie meist – in unterschiedlichen Kombinationen – neoliberale Workfare-Konzepte mit national-konservativen Elementen, insbesondere in der sogenannten Familienpolitik. Das zentrale sozialpolitische Reformprogramm der PiS ist die Einführung eines Kindergelds in Höhe von 500 Złoty pro Kind ab dem zweiten Kind. Das ist die größte expansive sozialpolitische Maßnahme in Polen seit den 1970er Jahren. Das konservative sozialpolitische Ziel der PiS ist die Wiederherstellung der sogenannten traditionellen Geschlechterrollen.

In mehreren westeuropäischen Ländern mit größeren Bevölkerungsanteilen mit Migrationshintergrund ist die 'nationale Bevorzugung' meist der wichtigste sozialpolitische Slogan der extremen Rechten. Daher ist Ausschluss das zentrale Prinzip dieser Form der nationalistischen Rechten. In einigen EU-Ländern wie Österreich (zumindest auf regionaler Ebene) haben die Mainstream-Parteien bereits begonnen, diesen Kurs zu übernehmen und diskriminieren in der Sozialhilfe für Flüchtlinge.

Hinsichtlich der wirtschafts- und sozialpolitischen Programme der unterschiedlichen nationalistischen rechten Parteien gibt es wenig Widerspruch. Gleiches gilt für ihre Haltungen zur EU. Beispielsweise ergänzen sich die Vorstellungen einer kleineren Eurozone, die in den Kernländern und der Peripherie vertreten werden. Hauptkonfliktpunkt ist das Thema Migration. So stehen nationalistische rechte Parteien in den Kernländern der Zuwanderung aus den Ländern der Peripherie (oft einschließlich der EU-Peripherie) kritisch oder sogar feindlich gegenüber. Die nationalistische Rechte in Osteuropa möchte die Migration innerhalb der EU

bewahren, während sie Migration und Flüchtlinge aus Ländern außerhalb der EU entschieden ablehnt.

Gegenstrategien

Die nationalistische Rechte schlägt nationale statt 'europäische' Lösungen vor. Die Antwort der Linken kann es nicht sein, lediglich den Vorrang 'europäischer' gegenüber nationaler Lösungen zu verfechten. Vielmehr sollte sie sich auf einen sozial-egalitären Kurs und die Förderung von Entwicklungsformen, die regionale Ungleichheiten abbauen und ökologisch nachhaltig sind, konzentrieren. Dazu sollte eine selektive inlandsorientierte Industrialisierung in der Peripherie zählen, was auch wirtschaftliche Schutzmaßnahmen erfordert. Kurzfristige antizyklische Maßnahmen sollten zur Umstrukturierung der Produktionskapazitäten beitragen. Dies erfordert eine Anfechtung des *acquis communautaire* in spezifischen Bereichen. Falls ein alternativer politischer Kurs innerhalb der Beschränkungen der Eurozone nicht möglich ist, müssen auch Austrittsstrategien erwogen werden. Strategien zur Förderung nachhaltiger Entwicklung sollten auf der lokalen, regionalen und nationalen Ebene ansetzen. Die nationale Ebene ist weiterhin wesentlich und sollte nicht der Rechten überlassen werden. Die EU-Strukturen sind derzeit so aufgebaut, dass öffentliche und linke Kräfte kaum durchdringen können. Daher sind die Möglichkeiten, für progressive Veränderungen zu kämpfen, derzeit auf nationaler Ebene am größten. Dies gilt selbst für progressive Veränderungen auf EU-Ebene.

5 Europäische Außenbeziehungen

CETA

Das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA) mit Kanada und die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP), die mit den USA verhandelt wird, rücken immer stärker in den Fokus der Öffentlichkeit. Für mittlerweile mehrere Jahre sind diese als tiefgreifende Handelsabkommen oder als Handelsabkommen der dritten Generation bekannten Verträge in größter Geheimhaltung verhandelt worden. Doch wenn sie tatsächlich ratifiziert werden, würden sie enorme wirtschaftliche, soziale und politische Folgen haben. So liegt der Debatte über den Einfluss dieser Verträge auf den Umweltschutz, die öffentlichen Dienstleistungen, die Arbeitnehmerrechte und den Investorenschutz die Frage zugrunde, ob die öffentlichen Stellen überhaupt noch Regeln und Bestimmungen, die für jeden einschließlich das internationale Kapital gelten, auf Grundlage der kollektiven gesellschaftlichen Präferenzen festlegen können. In dieser Hinsicht sollte an die Aussage des Vorsitzenden der Trilateralen Kommission David Rockefeller erinnert werden: 'Somebody has to take the government's place, and business seems to me to be the logical entity to do it.'¹³ TTIP und CETA zeigen den Bürgern Europas und der entwickelten Länder offen auf, dass die neoliberale Globalisierung einen verfassungsmäßigen Status erhält (Konstitutionalisierung).¹⁴

¹³ 'Jemand sollte den Platz der Regierung einnehmen und der Unternehmenssektor scheint die logische Instanz dafür zu sein.' (Übersetzung durch die EuroMemo Gruppe); *Newsweek*, 1. Februar 1999.

¹⁴ Marija Bartl, 'Reflections on the Impact of TTIP, CETA and TISA on the Legal Systems of the European Periphery, and in particular Croatia', Beitrag zum 22. Workshop zu einer alternativen Wirtschaftspolitik der EuroMemo Gruppe, Coimbra, Portugal, 2016.

Der Widerstand hat nach und nach insbesondere mit dem Beginn des CETA-Ratifizierungsprozesses zugenommen, wenn auch zeitlich aufgrund der Geheimhaltung der Verhandlungen etwas verzögert. In Frankreich sind über 40.000 Menschen in mehr als 30 Städten dagegen auf die Straße gegangen. In Brüssel protestierten 10.000 Menschen und in Deutschland sogar 320.000 in sieben Städten. Mehrere Parlamente äußern Vorbehalte gegen den Vertrag. Doch nur das wallonische Parlament hatte sich gegen die Unterzeichnung der vorläufigen Anwendung des Vertrages geweigert. Nachdem der Region jedoch einige Zusicherungen gegeben wurden, änderte das Parlament seine Meinung.

Seit die TTIP-Verhandlungen auf Frankreichs Drängen vorübergehend ausgesetzt wurden und die Ratifizierung von CETA beginnen kann, ist Letztere in den Fokus der Aufmerksamkeit geraten. Die kontroversesten Aspekte des Vertrags, die seine Risiken am klarsten zeigen, sind die regulatorische Kooperation zwischen der EU und Kanada und die Investor-Staat-Streitbeteiligung (investor-to-state-dispute-settlement, ISDS).

Regulatorische Kooperation

Das Ziel der regulatorischen Kooperation ist es, die Angleichung von regulatorischen Standards und Vorschriften der beiden Parteien zu fördern. Sie verfolgt den gleichen Zweck wie die 'Agenda für bessere Rechtsetzung', die nach und nach Handlungsschwerpunkt der Europäischen Kommission wird: Deregulierung soll die Rentabilität von Unternehmen durch die Reduzierung von Kosten, die mit Regulierungen verbunden sind, steigern.¹⁵ Standards und Vorschriften für den Verbraucher- und Umweltschutz, für soziale Rechte etc. werden ausschließlich als Kosten betrachtet. Dabei bleibt völlig unbeachtet, dass solche Regulierungen auch Ausdruck gesellschaftlicher Entscheidungen sind, Marktversagen korrigieren und zum Gemeinwohl beitragen.

Die regulatorische Kooperation, die auch in TTIP vorgesehen ist, ist eine Gefahr für das europäische Sozialmodell. Nach jahrelanger regulatorischer Kooperation zwischen den USA und Kanada entsprechend des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (North American Free Trade Agreement, NAFTA) ähneln sich die Regulierungssysteme der beiden Länder stark. Daher und angesichts der enormen Präsenz von US-Unternehmen in Kanada (40.000) würde die in CETA vorgesehene regulatorische Kooperation die unternehmerfreundliche Orientierung der EU-Regulierung untermauern. US-Unternehmen könnten somit durch CETA einen Großteil der Ziele von TTIP durchsetzen.

Die regulatorische Kooperation würde das europäische Regulierungssystem jetzt und zukünftig abbauen.

- Die zentrale in CETA vorgesehene Maßnahme zur regulatorischen Kooperation, die gegenseitige Annerkennung der Standards und Vorschriften, würde die derzeitige europäische Regulierung direkt beeinträchtigen. Die Bestimmung würde zu einer Verallgemeinerung von schlechteren Standards und Vorschriften führen, da diese, simpel gesagt, kostengünstiger für die Produzenten sind.¹⁶ Genetisch veränderte Organismen, Schiefer-

¹⁵ Kenneth Haar, 'Cooperating to deregulate', Beitrag zum 21. Workshop zu einer alternativen Wirtschaftspolitik der EuroMemo Gruppe, Roskilde, Denmark, 2015, http://www2.euromemorandum.eu/uploads/haar_ttip_regulatory_cooperation_and_better_regulation.pdf.

¹⁶ O'Brien Ronan, 'Moving Regulation out of Democratic Reach: Regulatory Cooperation in CETA and its Implications', Beitrag zum 22. Workshop zu einer alternativen Wirtschaftspolitik der EuroMemo Gruppe,

gas, hormonbehandeltes Rindfleisch etc. könnten erlaubt werden, obwohl sie mehrheitlich durch die Europäer abgelehnt werden.

- Zukünftige Regulierungsvorhaben müssten einen weitaus komplexeren Entscheidungsprozess durchlaufen, der eine Folgenabschätzung im Bezug auf Handel und Investitionen sowie einen ständigen transatlantischen Dialog mit einschließt. Dadurch würden entsprechende Gesetzgebungsverfahren verzögert und das Regulierungssystem insgesamt geschwächt werden.¹⁷ Dabei erfordern die Herausforderungen unserer Zeit wie Klimawandel, Umweltverschmutzung und Finanzmarktregulierung eine Stärkung des derzeitigen Regulierungssystem sowie neue Standards und Vorschriften.

Schließlich würde die regulatorische Kooperation den politischen Entscheidungsprozess noch undurchsichtiger und undemokratischer machen. So müsste die Europäische Kommission entsprechend der Vereinbarung, dass jede Partei die jeweils andere über Regulierungsvorhaben so früh wie möglich informiert, die kanadischen Handelsbehörden und Unternehmen zu Rate ziehen, bevor Regulierungsvorhaben vor den Rat oder das Parlament gebracht werden. Zudem sind die Kapitel Umwelt, Arbeit und nachhaltige Entwicklung die einzigen, in denen die Wichtigkeit von Transparenz, öffentlichem Informationszugang und öffentlicher Teilhabe hervorgehoben wird. Gleichzeitig sind dies die einzigen Kapitel, die nicht rechtlich durchsetzbar oder sanktionierbar sind. In allen anderen Gebieten, in denen es rechtliche Ansprüche und Sanktionen gibt, sind diese Informations- und Beteiligungsmechanismen für die Öffentlichkeit überhaupt nicht vorgesehen.¹⁸

Das System der Investor-Staat-Streitbeteiligung (ISDS)

Das ISDS-System fügt das Investitionsgerichtssystem (Investment Court System, ICS) nach einigen minimalen Veränderungen, die die ursprünglichen Mängel allerdings nicht beheben, in CETA ein.¹⁹ Ausländische Unternehmen sollen demnach noch immer das alleinige und einseitige Recht haben, Staaten vor Schiedsgerichten für Verluste infolge von Gesetzesänderungen zu verklagen. Damit wird ein Zweiklassensystem eingeführt: eins für multinationale Unternehmen und eins für nationale Firmen und Individuen.

Im ICS gibt es keine Unabhängigkeit oder Unparteilichkeit: Das Gericht, das zur Regelung von Rechtsstreitigkeiten bevollmächtigt ist, ist nicht für die Öffentlichkeit offen. Die eingeführten Einspruchsverfahren sind unvollständig. Die Unabhängigkeit der Mitglieder der Gerichte im ICS ist nicht gewährleistet, da CETA es ihnen erlaubt, geheim (und gegen eine lukrative Bezahlung durch ausländische Investoren) als ISDS-Schiedsrichter zu arbeiten.²⁰ Und, wie es eine Studie des Corporate Europe Observatory hervorhebt, 'In a one-sided system where

Coimbra, Portugal, 2016,
http://www.euromemo.eu/annual_workshops/2016_coimbra/workshops_papers_coimbra/index.html.

¹⁷ Kenneth Haar. 'Cooperating to deregulate.' Beitrag zum 21. Workshop zu einer alternativen Wirtschaftspolitik der EuroMemo Gruppe, Roskilde, Denmark, 2015, http://www2.euromemorandum.eu/uploads/haar_ttip_regulatory_cooperation_and_better_regulation.pdf.

¹⁸ O'Brien Ronan, 'Moving Regulation out of Democratic Reach: Regulatory Cooperation in CETA and its Implications', Beitrag zum 22. Workshop zu einer alternativen Wirtschaftspolitik der EuroMemo Gruppe, Coimbra, Portugal, 2016, http://www.euromemo.eu/annual_workshops/2016_coimbra/workshops_papers_coimbra/index.html.

¹⁹ Van Harten Gus, 'The European Joint Interpretive Declaration/Instrument on the CETA, *Osgoode Hall Law School Research Paper*, Nr. 6, Vol. 13, Ausgabe 2, 2017.

²⁰ Ibid.

only the investors can sue, this creates a strong systemic incentive to side with them – because as long as the system pays out for investors, more claims and more money will be coming to the arbitrators'.²¹ Schließlich werden keine Vorschläge zu Sanktionen für mögliches Fehlverhalten der Richter gemacht.

Falls das ICS realisiert wird, werden die Regulierungskapazitäten der öffentlichen Behörden infrage gestellt und ihre Rolle erheblich geschwächt. Auch wenn in CETA erklärt wird, dass 'die Vertragsparteien ihr Recht, zur Erreichung legitimer politischer Ziele [...] in ihrem jeweiligen Gebiet regelnd tätig zu werden' bekräftigen, genügt die Möglichkeit, vor Schiedsgerichtsprozessen mit drohenden immensen Entschädigungszahlungen zu enden, um das Handeln von Regierungen lahmzulegen.²² Zudem ist die Formulierung der Investorenrechte im Vertrag oft sehr vage und kann unterschiedlich interpretiert werden.

Widerstand gegen Freihandelsabkommen

CETA muss durch die nationalen Parlamente noch ratifiziert werden. Daher sollte insbesondere auf Ebene der Mitgliedsstaaten Widerstand gegen CETA geleistet werden. In mehreren Ländern wie Deutschland gibt es Anzeichen, dass sich der nationale Ratifizierungsprozess als Hürde für die finale Durchsetzung von CETA erweisen könnte. Im Bezug auf andere Abkommen wie TTIP sollten auf verschiedenen Ebenen, von der lokalen bis hin zur EU-Ebene, Gegenmaßnahmen verfolgt werden.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)

Die ENP ist in Schwebelage geraten. Die Östliche Partnerschaft schlägt seit dem Beginn der Ukraine-Krise, für die sie teilweise verantwortlich ist, fehl und im Süden und insbesondere Südosten des Mittelmeerraums toben Bürgerkriege. Die ENP wird daher auf ihren beiden Fronten Kollateralschaden der Konfrontationspolitik der USA gegenüber Russland.²³ Darüber hinaus hat Russlands zunehmende Beteiligung am syrischen Bürgerkrieg seit September 2015 die Verflechtungen zwischen der ukrainischen und der syrischen Krise verstärkt, wobei Erstere immer unlösbarer wird.²⁴ (Russland wird mit verschärften Sanktionen für seine Eingriffe in die Ukraine-Krise bedroht, wenn es seine Beteiligung am Syrien-Krieg nicht verringert.)

Die wachsende Verflechtung der ENP mit den strategischen Interessen der USA hat ernsthafte Konsequenzen.

Mit der Ukraine-Krise wurde der Weg für Interventionen von Außen freigemacht, wodurch Spaltungen innerhalb der EU verstärkt werden. Dies betrifft zum einen die Länder des militärischen Sicherheitsgürtels, den die USA auf den östlichen Grenzen der EU aufbauen, (Polen, Rumänien, Bulgarien und die baltischen Staaten) gegenüber den anderen EU-Ländern. Die zweite Spaltung ist zwischen den europäischen Ländern, die die Aufrechterhaltung der Sank-

²¹ 'In einem einseitigen System, in dem nur Investoren klagen können, wird ein starker systemischer Anreiz geschaffen, deren Partei zu ergreifen. Denn solange sich das System für die Investoren bezahlt macht, erhalten die Schiedsrichter mehr Anfragen und mehr Geld.' (Übersetzung durch die EuroMemo Gruppe); Corporate Europe Observatory, *The Great CETA swindle*, 18. Oktober 2016.

²² Van Harten Gus, 'ISDS in the Revised CETA: Positive Steps, But is it a Gold Standard?', *Investor-State Arbitration Commentary Series*, Nr. 6, 20. Mai 2016.

²³ Mediapart, 'Les nouvelles stratégies US de George Friedman et Zbigniew Brzezinski', 24. Mai 2015.

²⁴ J.-C. Galli, 'Conflit gelé en Ukraine: les (dés)Accords de Minsk persistent' *Figaro Vox*, 16. September 2016.

tionen gegen Russland sowie den Beitritt der Ukraine zur EU befürworten, und den restlichen Ländern. Diese Spaltungen werden durch die Frage, wie mit den Flüchtlingsströmen aus dem Mittleren Osten und Nordafrika umgegangen werden sollte, verschärft. Dabei wird die 'Personenfreizügigkeit' – einer der Grundpfeiler der EU – infrage gestellt.

Die ukrainische Krise offenbart und verschärft die Unfähigkeit der EU, unabhängig zu agieren. Trotz der katastrophalen Lage im Land blockiert die ukrainische Regierung unter Beeinflussung der unklaren Haltung der USA die Umsetzung des Minsker Abkommens, das von der EU 2014 aufgestellt wurde. Gleichzeitig tendiert Russland dazu, Paris und Berlin zu umgehen, um direkten Kontakt zu Washington, was der einzige 'Master of the Game' zu sein scheint, zu haben.

Es bleibt noch offen, welchen Einfluss die Wahl Trumps für die Beziehungen zwischen den USA und der EU und für die Außenbeziehungen der EU insgesamt haben wird. Die Umsetzung der von Trump befürworteten Politik könnte die transatlantischen Verbindungen schwächen. Eine wahrscheinliche Forderung, einige TTIP-Klauseln zugunsten der US-Interessen neu zu verhandeln, würde den Widerstand gegen das Abkommen in Europa verstärken. Trump stellt auch das Prinzip der kollektiven Verteidigung im Rahmen der NATO infrage. Er hat erklärt, dass er US-Sanktionen gegen Russland ergreifen und einen Rückzug der USA aus dem Krieg in Syrien in Erwägung ziehen wird. Geschwächte transatlantische Beziehungen könnten zentrifugale Tendenzen in der europäischen Nachbarschaft stärken. Dies würde Europa dazu zwingen, seiner Verantwortung gerecht zu werden und die ENP unter Berücksichtigung der Interessen aller Parteien statt nur der europäischen Wirtschaftsinteressen umzusetzen

ENP: Kooperation statt untergeordneter Integration

Der Ansatz der ENP ist es gewesen, Länder in der EU-Nachbarschaft dazu zu bewegen, Teile des *acquis communautaire* der EU zu übernehmen. Dies ist eine Form untergeordneter Integration, die Tendenzen zur Deindustrialisierung in der Peripherie verstärkt. Zudem hat sie in einigen Fällen wie der Ukraine und Moldawien innere geopolitische Konfliktlinien vertieft. Im Fall der Ukraine hat die Politik der EU maßgeblich dazu beigetragen, die Bedingungen für einen militärischen Konflikt zu schaffen. Anstatt tiefgreifenden Freihandel und untergeordnete Integration zu fördern, sollte die Nachbarschaftspolitik der EU beiderseitig vorteilhafte Kooperationen zum Beispiel auf Branchenebene anstreben.

Die Militarisierung muss hinterfragt werden

In den letzten Monaten haben hochrangige EU- und nationale Funktionäre eine Stärkung der militärischen Kapazität der EU als Ausweg aus der Krise vorgeschlagen. Der Rückgriff auf Gewalt im Inland und in den Außenbeziehungen ist eine typische rechte Antwort auf komplexe soziale Krisen. Er wird aktuelle sozioökonomische Probleme genauso wenig lösen wie er es in der Vergangenheit getan hat. In diesem Zusammenhang muss daran gedacht werden, dass EU-Staaten maßgeblich zu den derzeitigen Kriegen im Mittleren Osten durch direkte militärische Interventionen (Irak und Libyen) und die Bewaffnung von (überwiegend islamischen) militärischen Gruppen (z.B. in Syrien) beigetragen haben. Die Vielzahl der Kriegsflüchtlinge aus dieser Region ist das Resultat der Interventionspolitik der USA und bestimmter europäischer Mächte.

Kontakte des Lenkungsausschusses der EuroMemo Gruppe:

Marija Bartl, Amsterdam (M.Bartl@uva.nl); Joachim Becker, Wien (Joachim.Becker@wu.ac.at); Marcella Corsi, Rom (marcella.corsi@uniroma1.it); Wlodzimierz Dymarski, Posen (wlodzimierz.dymarski@ue.poznan.pl); Trevor Evans, Berlin (evans@hwr-berlin.de); Marica Frangakis, Athen (frangaki@otenet.gr); John Grahl, London (j.grahl@mdx.ac.uk); Peter Herrmann, Rom (herrmann@esosc.eu); Jeremy Leaman, Loughborough (J.Leaman@lboro.ac.uk); Jacques Mazier, Paris (mazier@univ-paris13.fr); Mahmood Messkoub, Den Haag (messkoub@iss.nl); Ronan O'Brien, Brüssel (ronanob@skynet.be); Werner Raza, Wien (w.raza@oefse.at); Catherine Sifakis, Grenoble (sifakiscatherine@gmail.com); Achim Truger, Berlin (achim.truger@hwr-berlin.de); Frieder Otto Wolf, Berlin (fow@snafu.de).

Unterstützungserklärung

Ich unterstütze die Ausrichtung, die zentralen Argumente und Vorschläge im

EuroMemorandum 2017

Die Europäische Union: Gefahr der Desintegration

_____ Ja

_____ Nein

Vorname, Nachname: _____

Institution: _____

Straße: _____

Stadt/Land: _____

Telefon: _____ Fax: _____

E-Mail: _____

Ich möchte gerne über die Aktivitäten der EuroMemo Gruppe informiert und zu den Workshops eingeladen werden. Hierzu melde ich mich mit meiner E-Mail-Adresse für die Mailing-Liste der EuroMemo Gruppe an.

_____ Ja

_____ Nein

Bitte senden Sie diese Erklärung zurück an die **EuroMemo Gruppe** per E-Mail an **info@euromemo.eu**.

Bitte um finanzielle Unterstützung

Unser Dank geht an alle, die die EuroMemo Gruppe finanziell unterstützen. Um die Finanzierung unseres Verwaltungsaufwands sicherzustellen, ist es wichtig, dass die Befürworter der EuroMemo Gruppe einen Beitrag leisten. Wir freuen uns über eine Geldspende. Wir möchten insbesondere Befürworter im Euroraum dazu ermuntern, eventuell regelmäßige Beiträge durch einen Dauerauftrag zu leisten.

Ich möchte die Arbeit der EuroMemo Gruppe durch eine

einmalige _ monatliche _ vierteljährliche _ halbjährliche _ jährliche _

Spende in Höhe von _____ € unterstützen.

Zu diesem Zweck überweise ich eine einmalige Spende bzw. richte ich einen Dauerauftrag für das nachfolgende Konto ein:

Kontoinhaber: AAW e.V.

Verwendungszweck: EuroMemo Gruppe

Name des Kreditinstituts: Postbank Hamburg

Bankadresse: Berliner Freiheit 8, 28327 Bremen

IBAN: DE21200100200218474201

BIC: PBNKDEFF